

N I E D E R S C H R I F T

über die 27. Sitzung des Rates

vom:	24.04.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	19:45 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Rat

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Al-Omary, Falk
Bertelmann, Hans-Günter
Boller, Joachim
Daus, Anny
Dittert, Katrin
Dreisbach, Jürgen - bis 18.50 Uhr w. TOP 6 öT
Elter, Uwe - bis 18.50 Uhr w. TOP 6 öT
Flohren, Angelika
Fries, Traute
Gaden, Helga
Gelber, Gunther
Gerlach, Heinrich
Gierlich, Michael
Glaamann, Herta
Groß, Michael
Heupel, Rüdiger
Höpfner-Diezemann, Ute - bis 19.07 - Ende öT
Jacob, Martin
Katz, Reinhilde
Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Kleine, Sancho-Antonio
Köhl, Siegfried
Krombach, Ulrich
Lauble, Wilhelm
Moll, Ilona
Morgenschweis, Thomas - bis 18.13 Uhr w. TOP 4.6 öT
Mues, Gunter

Mues, Steffen
Müller, Heinz
Müller, Manfred
Nauck, Gerda
Neubauer, Hans Peter
Otto, Günter - bis 19.24 Uhr w. TOP 10 nöt
Panthöfer, Ulrich
Reitz, Manfred
Rothenpieler, Wilhelm
Rujanski, Detlef
Schiemer, Hansgeorg
Schleifenbaum, Dorothea
Schmidt, André
Schneider, Manfred
Schulte, Werner
Schulze, Werner
Schwarz-Schumann, Helga
Siebel, Helmut
Sintzen, Gerlinde
Sonntag, Hartmut
Stahl, Markus
Dr. Stötzel, Wolfgang
Strunk, Christine
Tielsch, Ingrid Karin
Walter, Klaus-Volker
Wolf, Marianne
Wunderlich, Horst

II. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VR Kühn
Werkleiter Harms
Städt. VR Dorsch
VA Schneider
Städt. VR Sondermann
Städt. VR Schneider
Gleichstellungsbeauftragte Dellori
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Eberlein, Klaus-Peter
Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz
Steuber, Burkhard
Zips, Joachim

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um die Punkte 14, 14.1 und 14.2 erweitert.

1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Frau Strunk bestimmt.

27. Rat 24.04.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

27. Rat 24.04.2002

3. Fragestunde

3.1. Planung der Westerwald-Autobahn A 48 im Stadtgebiet von Siegen

- Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Kühn weist eingangs darauf hin, dass eine durch den Bürgermeister eingeholte Stellungnahme des zuständigen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz vom 27.03.2002 den Ratsmitgliedern vorliegt.

Die Anfrage beantwortet er wie folgt:

Die Stadt Siegen wurde bisher nicht offiziell über die geplante Maßnahme informiert sonder erhielt erst durch Presseberichte in den ersten Monaten des Jahres Kenntnis von dem Projekt. Bisher ist lediglich eine fiktive Linienführung in einem breiten Korridor bekannt. Auswirkungen auf die derzeitigen Planungen der Stadt Siegen zu den Gewerbegebietsentwicklungen im Bereich Oberschelden / Seelbach und auf die dortige Vorrangfläche zur Nutzung der Windenergie lassen sich deshalb zurzeit nicht darstellen.

Da der Stadt Siegen bisher nicht mehr als diese allgemein zugänglichen Informationen vorliegen, ist eine seriöse Beurteilung des Projektes derzeit nicht möglich. Weil auch noch kein Beteiligungsverfahren eingeleitet wurde konnte auch noch keine Stellungnahme zu dem Vorhaben abgegeben werden. Der Stadt Siegen haben bisher keine Unterlagen vorgelegen, die geeignet gewesen wären, Öffentlichkeit und Rat zu informieren.

27. Rat 24.04.2002

3.2. Siegener Versorgungsbetriebe GmbH

- Anfrage der UWG-Fraktion
- Anfrage der F.D.P.-Fraktion
- Anfrage des Stv Morgenschweis

Die umfangreichen Erläuterungen von Herrn Baumeister sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

27. Rat 24.04.2002

3.3. Geschäftsentwicklung der Sparkasse Siegen

- Anfrage des Stv Morgenschweis

Herr Dorsch verweist auf ein Urteil des VGH Baden-Württemberg, wonach Sparkassen Anstalten des öffentlichen Rechts sind, die das Recht der Selbstverwaltung besitzen und ihre durch das Sparkassengesetz und ihre Satzung zugewiesenen Aufgaben in eigener Verantwortung durch ihre Organe Verwaltungsrat, Kreditausschuss und Vorstand erfüllen. Angelegenheiten der Sparkasse sind deshalb grundsätzlich keine Gemeindeangelegenheiten, hinsichtlich denen ein Auskunftsanspruch eines Gemeinderatsmitgliedes gegenüber dem Bürgermeister, der Mitglied des Verwaltungsrates ist, besteht. Dieses Urteil ist entsprechend für die Sparkasse Siegen anzuwenden. Es wird empfohlen, künftig solche Anfragen unmittelbar an den Vorstand der Sparkasse zu richten.

27. Rat 24.04.2002

3.4. Gebührenbescheid 2002 - Gebühren für Abfallbeseitigung usw.

- Anfrage des Stv Morgenschweis

Herr Brune beantwortet die Anfrage wie folgt:

Der Rat der Stadt Siegen hat am 28.11.2001 die in der Verwaltungsvorlage Nr. 1464/01 vom 09.10.2001 vorgeschlagene Änderung der Satzung über die Abfallbeseitigungsgebühren beschlossen. Die Kalkulation für das Jahr 2002 ist in der Verwaltungsvorlage umfassend dargestellt.

Der Rat der Stadt Siegen hat ebenfalls am 28.11.2002 mit der Verwaltungsvorlage Nr. 1465/01 vom 09.10.2001 die Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren beschlossen. Auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten Kalkulation wurden die Straßenreinigungsgebühren um 0,23 € gesenkt und die Winterdienstgebühren um den gleichen Betrag (beide bezogen auf Anliegerstraßen) erhöht.

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Organisation der Abfallbeseitigung im Jahr

1999 untersucht. Dabei sind alle Rationalisierungspotenziale geprüft worden. Im Übrigen ist es ständige Aufgabe der Stadtreinigung, Verbesserungsmöglichkeiten im Betriebsablauf umzusetzen.

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes wurde mit Verwaltungsvorlage Nr. 112/99 dem Rechnungsprüfungsausschuss zu seiner Sitzung am 06.12.1999 vorgelegt. Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie hat den Bericht am 03.02.2000 zur Kenntnis genommen.

27. Rat 24.04.2002

3.5. Hallenbad Weidenau - Schwallwasserbehälter

- Anfrage des Stv Morgenschweis

Herr Brune beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die Planung und Ausschreibung der Maßnahme sowie die Bauausführung wurden von der Abteilung Hochbau vorgenommen, ein externes Büro wurde nicht eingesetzt. Es ist kein finanzieller Schaden entstanden. Vielmehr ist es der Aufmerksamkeit der Bauleitung zu verdanken, dass die mangelhafte Leistung rechtzeitig gerügt, die Abnahme letztlich verweigert und die Ersatzvornahme vorbereitet wurden.

27. Rat 24.04.2002

3.6. Einsparpotentiale der Projektgruppe "Aufgabenkritik"

- Anfrage des Stv Morgenschweis

Die Antwort von Herrn Schneider ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

27. Rat 24.04.2002

3.7. Arbeitsgruppe Anti-Korruption der Stadtverwaltung

- Anfrage des Stv Morgenschweis

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

27. Rat 24.04.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1. Sanierung der Außenfassade des Turmes der Ev. Nikolai-Kirche

- Antrag der CDU-Fraktion

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert die Vorgehensweise, so Herr Groß, da man sich zunächst im Ältestenrat anderweitig verständigt hatte. Darüber hinaus trifft die Begründung, es handle sich um eine stadtbildprägendes Gebäude, ebenso auf andere Kirchen zu. Unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung kann seine Fraktion dem Vorschlag nicht folgen.

Die SPD-Fraktion und die F.D.P.-Fraktion werden sich auf Grund des Verfahrens der Stimme enthalten, merken Herr Kirchhöfer und Herr Walter an.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, zur Sanierung der Außenfassade des Kirchturms an der Nikolai-Kirche einen Zuschuss in Höhe von 20.000 € bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt aus der Zahlung der ECE-Projektgruppe für die Nichtausführung der Fassadengestaltung an der City-Galerie.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (4 Gegenstimmen GRÜNE), Enthaltungen (SPD, FDP)

27. Rat 24.04.2002

4.2. Standort für eine neue Müllumschlag- und Sortieranlage im Kreisgebiet

- Antrag der CDU-Fraktion

Herr Mues verweist auf die seit der Antragstellung diskutierten Lösungsmöglichkeiten. Der Beschlussvorschlag sollte daher durch folgende Formulierung ersetzt werden:

1. "Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit allen kreisangehörigen Kommunen den Kreis aufzufordern, umgehend kreisweit nach einem geeigneten Standort für eine neue Müllumschlag- und sortieranlage entlang der A 45, vorrangig in der Nähe der Anschlussstellen und entlang der HTS zu suchen.
2. Es ist alternativ zu untersuchen, ob eine Trasse gefunden werden kann, die den Zu- und Abfahrtsverkehr der vorhandenen Deponie ohne konkrete Belästigung von Anwohnern aufnehmen kann. Gleichzeitig ist zu untersuchen, ob und wie die von der Sortieranlage, vom derzeitigen Deponiebetrieb und von der Nutzung des Deponiegeländes als Umladestation für Haus- und Biomüll ausgehenden Immissionen verhindert werden können. "

Trotz der bekannten Probleme sollte aus Sicht der Stadt Siegen ein neuer Standort Priorität haben. Diesbezüglich ist der Kreis gefordert, Alternativen sowohl für eine neue Anbindung der Deponie Fludersbach, als auch für einen verkehrsgünstig gelegenen anderen Standort aufzuzeigen.

Herr Kirchhöfer hält demgegenüber die Nennung des Bereiches entlang der A 45 und der HTS für zu konkret und möchte es bei dem Auftrag an den Kreis belassen, einen geeigneten anderen Standort zu ermitteln. Die Alternativuntersuchungen zu einer anderen Anbindung der Deponie Fludersbach sollten in den Antrag einfließen, werden seines Erachtens aber nicht zu einer kurzfristigen Verringerung der Belästigungen führen.

Herr Boller hält es für erforderlich, in der Diskussion konzeptionelle Überlegungen zur künftigen Müllentsorgung anzustellen und kurzfristige Maßnahmen zur Entlastung der Anlieger in der Fludersbach zu trennen.

Der geplante Straßenausbau kann seines Erachtens nicht zur Erhebung von KAG-Beiträgen führen, da die Anlieger den schlechten Zustand der Straße nicht zu verantworten haben. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, unverzüglich ein Nachtfahrverbot für LKW-Verkehr und die nach der Straßenverkehrsordnung möglichen Maßnahmen zur Lärminderung umzusetzen.

Unabhängig davon ist ein Abfallwirtschaftskonzept gemeinsam mit dem Kreis zu entwickeln, aus dem weitere Schlüsse für die Müllentsorgung in den nächsten Jahrzehnten zu ziehen sind. Solange nicht bekannt ist, wie künftig der Abfall aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein entsorgt werden soll und wo demnach eine Umladestation sinnvoll sein könnte. Die Fragen der Biomüllentsorgung und -verwertung sowie der Synergieeffekte bei der Klärschlammverwertung sind bisher völlig unzureichend beantwortet und bedürfen dringend der Klärung.

Die Untersuchung alternativer Zufahrten zur Fludersbach ist seiner Auffassung nach unsinnig, da die beiden in der Diskussion stehenden Varianten weder in finanzieller noch in ökologischer Hinsicht darstellbar sind.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält daher einen grundsätzliche Prüfauftrag für sinnvoll, aber nicht in der von der Antragstellerin formulierten detaillierten Form, die in den Konsequenzen für die Stadt Siegen zudem nicht hinreichend geprüft ist.

Herr Bürgermeister Stötzel sieht die Problematik vielmehr darin, dass bei einer möglichen kurzfristigen Schließung der Deponie mit einem weitaus höheren Verkehrsaufkommen zu rechnen ist. Daher ist seines Erachtens ein größerer Handlungsbedarf im Hinblick auf einen alternativen Standort gegeben.

Die F.D.P.-Fraktion sieht es als Aufgabe des Kreises, so Herr Walter, einen neuen Standort festzulegen. Die Probleme werden mit dem Ausbau der Straße nicht wesentlich verringert und der Kreis ist über eine finanzielle Beteiligung an den Kosten hinaus gefordert, Abhilfe zu schaffen.

Herr Bertelmann sieht den Antrag als Auftrag an den Bürgermeister, gemeinsam mit dem Kreis eine Lösung herbeizuführen. Eine Grundsatzdiskussion über die Abfallentsorgung ist für die Anlieger kurzfristig wenig hilfreich. Daher sollten anhand einer Bestandsaufnahme ermittelt werden, welche Optionen bestehen. Insofern kann er dem Antrag in der geänderten Form zustimmen mit der Einschränkung, keine konkreten Standortangaben zu machen.

Herr Morgenschweis ist der Meinung, dass anderer verkehrsmäßig besser zu erschließende Gebiete eher als Standort in Betracht kommen. Diesbezüglich ist die

Erarbeitung einer Konzeption für die künftige Müllentsorgung erforderlich.

Im Verlauf der weiteren Aussprache merkt Herr Mues an, dass er keine Nennung konkreter Bereiche für eine Umladestation für wenig hilfreich hält, da hinsichtlich einer möglichen künftigen Doppelbelastung der Fludersbach schnellstens Abhilfe geschaffen werden muss.

Frau Flohren schlägt vor, den Antrag um folgende konkrete Maßnahmen zu ergänzen:

- konsequente Überwachung der Geschwindigkeitsbeschränkung
- unverzügliche Verhängung eines Nachtfahrverbotes für Deponieverkehr
- Prüfung der Zulässigkeit von Anlieferungen über einen Umkreis von z. B. 100 km hinaus.

Beschluss:

Die Stadt Siegen fordert den Kreis Siegen-Wittgenstein auf, alternativ zur Deponie Fludersbach, verkehrsgünstige, vorrangig Fernstraßen gelegene Standorte für alle Aktivitäten der Abfallbehandlung und -entsorgung zu suchen.

Die Kreisverwaltung Siegen-Wittgenstein wird alternativ beauftragt weiterhin zu untersuchen, ob eine Trasse gefunden werden kann, die den Zu- und Abfahrtsverkehr der vorhandenen Deponie ohne konkrete Belästigung von Anwohnern aufnehmen kann und wie die von der Sortieranlage, vom derzeitigen Deponiebetrieb und von der Nutzung des Deponiegeländes als Umladestation für Haus- und Biomüll ausgehenden Immissionen verhindert werden können.

Folgende Punkte sind dem Verkehrsausschuss kurzfristig zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

- konsequente Überwachung der Geschwindigkeitsbeschränkung
- unverzügliche Verhängung eines Nachtfahrverbotes für LKW
- Prüfung der Zulässigkeit von Anlieferungen über einen Umkreis von 100 km bis 150 km hinaus.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme Stv Morgenschweis)
0 Enthaltungen**

27. Rat 24.04.2002

4.3. Zusätzliche Gewinnbeteiligung der Geschäftsführung der SVB

- Antrag der UWG-Fraktion

Herr Bertelmann führt aus, dass der Vorgang sowohl in der UWG-Fraktion als auch in der Öffentlichkeit auf Befremden gestoßen ist. Eine erfolgsabhängige Vergütung in Leitungspositionen ist generell zwar üblich und akzeptabel. Damit soll jedoch auch ein entsprechendes unternehmerisches Risiko abgedeckt werden, was in diesem Fall aber nicht bestand. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob in einem

kommunalen Unternehmen vor dem Hintergrund des Personalkostenanteils im Vergleich zu den Gesamtkosten zwei Geschäftsführer erforderlich sind. Wenn die Verträge eine Gewinnbeteiligung in dieser Form zulassen, sind diese nach Auffassung der UWG-Fraktion langfristig nicht hinnehmbar. Im Vordergrund sollte eine möglichst verbrauchergünstige Preisgestaltung stehen. Da nach Auskunft der Verwaltung eine erneute Prüfung des Sachverhaltes in Auftrag gegeben wurde, ist der Antrag zunächst als erledigt anzusehen.

Herr Mues erklärt, dass seitens des Aufsichtsrates eine Sonderprüfung durch den Wirtschaftsprüfer veranlasst wurde. Dieser hat das Verfahren als ordnungsgemäß bescheinigt.

Herr Boller schließt sich den Ausführungen von Herrn Bertelmann und hält es für angebracht, die angewandte Systematik und die Unternehmensstruktur zu verändern. Die Konsequenzen aus dem Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren hinsichtlich der erhöhten Vergütung für die Geschäftsführer und damit verbunden Gewinnminderung war aus der Vorlage explizit nicht erkennbar.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt daher den Antrag, , dass der Rat die Auswirkungen aus dem Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren auf die Geschäftsführung der SVB missbilligt und den Bürgermeister beauftragt, auf eine Änderung der Verträge hinzuwirken.

Bezug nehmend auf die bisherigen Wortmeldungen und den Antrag weist Herr Kirchhöfer darauf hin, dass die Beträge vollständig den Geschäftsberichten entnommen werden konnten. Die Gewinne wurden jeweils in den vergangenen Jahren nicht ausgeschüttet sondern als Sonderrücklage in die Bilanz eingestellt. Die Entscheidung über die Verwendung wurde dann zu einem späteren Zeitpunkt getroffen im Hinblick auf die Möglichkeiten der steuerlichen Behandlung. Der Begriff der Steuerrückerstattung ist in diesem Zusammenhang nicht zutreffend und die Diskussion im Hinblick auf die frei zur Verfügung stehenden Daten aus seiner Sicht unverständlich.

Herr Walter hält fest, dass die Berichterstattung der Medien in der Öffentlichkeit für Aufmerksamkeit gesorgt haben und daher eine Diskussion im Rat durchaus angebracht ist. Die vorgebrachten Kritikpunkte sollten bei einer Neugestaltung der Verträge zu gegebener Zeit berücksichtigt werden.

Herr Bertelmann erklärt abschließend, dass er den Antrag der UWG-Fraktion zurückgenommen hat und schlägt vor, über das weitere Vorgehen im Ältestenrat zu beraten.

Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der Rat der Stadt Siegen missbilligt die Auswirkungen des "Schütt-aus-hol-zurück-Verfahrens" auf die Geschäftsführung der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH und beauftragt den Bürgermeister, auf eine Änderung der Verträge hinzuwirken.

Beratungsergebnis: 25 Stimmen dafür, 22 Stimmen dagegen, 8 Enthaltungen

4.4. Einspruch / Antrag auf Feststellungsklage gegen den Abfallwirtschaftsplan (AWP) - neu

- Antrag der UWG-Fraktion

Nach Auffassung von Frau Strunk sind die angesprochenen Punkte grundsätzlich diskussionswürdig. Da der Abfallwirtschaftsplan noch nicht vorliegt, ist eine Diskussion und Beschlussfassung über Einzelfragen zur Zeit nicht möglich.

Herr Mues und Herr Kirchhöfer sehen weniger die Zuständigkeit der Stadt als vielmehr die des Kreises.

Herr Bertelmann hält es für erforderlich, bereits im Vorfeld als Stadt Siegen Position zu beziehen und angesichts der Kürze der Zeit eine entsprechende Entscheidung zu fällen.

Beschluss:

Soweit der in Vorbereitung befindliche Abfallwirtschaftsplan (AWP) weitere finanzwirtschaftliche negative Folgen für die Gemeinde / Stadt Siegen und deren Bürger haben sollte, beauftragt der Rat den Bürgermeister, hiergegen vorzugehen und den Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein aufzufordern, gegen den AWP Einspruch einzulegen und gleichzeitig Feststellungsklage wegen Verfassungswidrigkeit gegen die dem AWP zugrunde liegende Regelung des § 1 Absatz 3 Landesabfallgesetz einzulegen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (Ja-Stimmen UWG, FDP),
0 Enthaltungen**

27. Rat 24.04.2002

4.5. Einführung eines Job-Tickets für die Stadtverwaltung Siegen

- Antrag der SPD-Fraktion

Herr Schneider berichtet, dass verwaltungsseitig bereits gemeinsam mit dem Personalrat erste Schritte eingeleitet wurden. Zunächst soll die erforderliche Beschäftigtenzahl entsprechend den Vorgaben der VWS ermittelt und anschließend auf der Grundlage der Mindestbeteiligungsquote die Akzeptanz in der Mitarbeiterschaft festgestellt werden.

Herr Walter bittet um Auskunft über die Kosten für den Arbeitgeber und die Beschäftigten.

Herr Bürgermeister Stötzel sagt eine Verwaltungsvorlage zu dem Thema zu.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, schnellstmöglich mit den VWS Verhandlungen zur Einführung eines Job-Tickets für die Stadtverwaltung Siegen aufzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen

27. Rat 24.04.2002

4.6. Sammlung "Ortsrecht der Stadt Siegen"

- Antrag der CDU-Fraktion

Herr Groß weist darauf hin, dass vor einigen Jahren auch alle Förderrichtlinien der Stadt Siegen zusammengestellt wurden, die ggf. der Aktualisierung bedürfen. Es wäre sinnvoll, auch diese Unterlagen im Internet einzustellen.

Herr Schneider regt an, alternativ zur Papierform die Sammlung auf CD zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Die Stadt Siegen wird kurzfristig ein "Ortsrecht der Stadt Siegen" in Form einer Lose-Blatt-Sammlung, welches sämtliche Satzungen, Ordnungen, Verordnungen und Vorschriften der Stadt Siegen enthält und ständig aktualisiert wird, auflegen und allen damit befassten Stellen innerhalb der Verwaltung sowie den Ratsmitgliedern zur Verfügung stellen.

Das "Ortsrecht der Stadt Siegen" wird auch ins Internet eingestellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

27. Rat 24.04.2002

**5. Jugendleiter-/Jugendleiterinnen-Card (JuLeiCa)
Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit**

Vorlagenr. 1815/2002 - Vorlage vom 28.02.2002

Herr Groß erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zustimmt. Bereits bei der Beratung im Jugendhilfeausschuss wurde deutlich, dass solche Regelungen für alle ehrenamtlich Tätige gelten müssen. Dies ist mit dem Verwaltungsvorschlag nicht gewährleistet sondern führt vielmehr zu einer Ungleichbehandlung der verschiedenen Gruppen.

Herr Schneider lehnt den Vorschlag gleichfalls ab und verweist auf den Auftrag des Fachausschusses, hinsichtlich möglicher Vergünstigungen für die Mitglieder der ehrenamtlichen Feuerwehr in den Hallen- und Freibädern das Thema aufzuarbeiten und dem Ausschuss wieder zu berichten. Dies ist bisher nicht erfolgt.

Herr Rujanski versteht den Verwaltungsvorschlag als Einstieg in die besondere Förderung ehrenamtlichen Engagements. Bezug nehmend auf den Hinweis zu sog. Freiwilligenagenturen macht er darauf aufmerksam, dass diese Aufgabe durch die Stadt angesichts der Aktivitäten der freien Träger der Wohlfahrtspflege nicht übernommen werden sollte.

Herr Schmidt hält die Forderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, für alle ehrenamtlich Tätigen Vergünstigungen einzuführen für unrealistisch und nicht handhabbar. Mit der JuLeiCa soll neben einem finanziellen Vorteil besonders eine ideelle Wertschätzung zum Ausdruck kommen. Diesbezüglich sollten Überlegungen angestellt werden, wie auch andere Personenkreise eine entsprechende Würdigung erfahren können.

Die F.D.P.-Fraktion wird sich generell dem Vorschlag nicht verschließen, so Herr Walter, hält aber eine Ungleichbehandlung für problematisch. Im Hinblick auf die Kosten ist eine einheitliche Regelung kaum möglich.

Herr Groß verweist auf den letzten Satz des Beschlussvorschlags, wonach die Vergünstigungen für Inhaberinnen und Inhaber der JuLeiCa als abschließend und nicht als erster Schritt zu verstehen sind. Wenn dies nicht der Fall sein sollte beantragt er, diesen Satz zu streichen.

Für Herrn Schmidt hat die Formulierung zum Inhalt, dass für den Bereich JuLeiCa keine weiteren Vergünstigungen gewährt werden.

Herr Schiemer teilt die Auffassung und bittet, das Erreichte nicht wieder in Frage zu stellen. Seines Erachtens ist es jedem Fachausschuss unbenommen, eigenen Vorschläge zu erarbeiten.

Herr Bertelmann hält eine entsprechende Formulierung des Beschlusses für angebracht, wenn dieser im Sinne der Redebeiträge von Herrn Schmidt und Herrn Schiemer gefasst werden soll.

Herr Bürgermeister Stötzel zieht den letzten Satz des Beschlussvorschlages zu streichen. Über die weitere Verfahrensweise könnte zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt - aufgrund der besonderen landesseitigen Gewichtung - finanzielle Vergünstigungen für ehrenamtliche Tätigkeit nur an Inhaber der Jugendleiter/ Jugendleiterinnen-Card zu gewähren.

An den bisherigen beschlossenen Vergünstigungen für die Bereiche

- Bücherei
- Bäder
- Siegerlandmuseum / Ausstellungsforum Haus Oranienstraße

wird festgehalten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

6. Tageseinrichtungen für Kinder Bedarfsplanung 2000 - 2002

Vorlagenr. 1816/2002 - Vorlage vom 05.03.2002

Herr Schmidt nimmt Bezug auf die Beratung im Fachausschuss, wo hervorgehoben wurde, dass derzeit bereits die Möglichkeit besteht, in Einzelfällen Plätze umzuwandeln. Zu den Überlegungen im Vorfeld der Diskussion, flächendeckend alle Plätze umzuwandeln und insbesondere in der Alterstufe 0 - 3 Jahre eine große Zahl von Plätzen zu Verfügung zu stellen, vertritt die CDU-Fraktion die Auffassung, dass diese Altersgruppe prioritär in der Familie erzogen werden sollte. Ungeachtet dessen können für besondere Personengruppen gesonderte Regelungen getroffen werden.

Herr Rujanski weist auf die Besonderheit in Siegen hin, dass sich nur eine Einrichtung in städtischer Trägerschaft befindet und durch die freien Träger ein erheblicher Eigenanteil in der Finanzierung übernommen wird. Des Weiteren ist die Bandbreite pädagogischer Konzeptionen positiv hervorzuheben. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist weitestgehend erfüllt, nun scheint sich jedoch bei Betrachtung der Entwicklungszahlen eine Trendwende bei den Kindergartenplätzen abzuzeichnen, die in der Zukunft Entscheidungsmöglichkeiten eröffnen wird. Die SPD-Fraktion spricht sich diesbezüglich grundsätzlich gegen den Abbau von Plätzen an den Standorten aus, an denen Kindergartenplätze dem Bedarf entsprechen. Konkrete Umwandlungen sollten als Kindertagesstätten erfolgen, wobei die SPD-Fraktion vorrangig ein Angebot für die unter 3-Jährigen schaffen möchte. Der Hort-Bereich wird zunehmend in die Zuständigkeit der Schulen fallen.

Herr Groß führt aus, dass erst jetzt über die Jahre 2000 - 2002 beraten wird und insofern keine Planung im engeren Sinne betrieben wird. Auch die Zahlen lassen nicht konkret erkennen, wo und in welcher Größenordnung Plätze umgewandelt werden sollen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schätzt den Bedarf jedoch erheblich höher ein, als bisher aus den Diskussionen zu entnehmen war. Vor diesem Hintergrund wird beantragt, den Beschluss wie folgt zu ändern: "Der Rat der Stadt Siegen beschließt entsprechend der Vorlage als ersten Schritt die Erweiterung des Platzangebotes für 10 % der Kinder unter drei Jahren und für 20 % der Schulkinder bis spätestens zum Kindergartenjahr 2003/2004 umzusetzen."

In der Fachausschussdiskussion wurde von keiner Seite ein Abbau von Plätzen verlangt, so Frau Tielsch, sondern vielmehr die Gelegenheit zum Umbau gesehen. Sie hebt diesbezüglich den Hinweis der Gleichstellungsstelle hervor, dass bei den Entscheidungen der tatsächliche Bedarf maßgeblich sein muss. Vor diesem Hintergrund wurde auch der Zusatz im Fachausschuss formuliert und dem sollte Rechnung getragen werden.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde die Diskussion des Jugendhilfeausschusses ad absurdum führen, wirft Herr Schmidt ein. Gerade vor dem Hintergrund der vorliegenden Zahlen bestand Einvernehmen, dass keine prozentuale Festlegung getroffen, sondern bedarfsorientiert weiter gearbeitet werden sollte. Auch die finanzpolitischen Folgen können bei Überlegungen zur Umwandlung oder Schließung von Gruppen nicht außer acht gelassen werden.

Frau Nauck spricht sich dafür aus, zunächst den Bedarf zu ermitteln und auf dieser Grundlage weiter zu beraten.

Herr Rujanski weist darauf hin, dass aus konkreten Einzelfällen heraus die Frage nach der Position der politischen Gremien hinsichtlich der Umwandlung von Plätzen aufgekommen ist und die Diskussion als Signal für die Träger und die Verwaltung im Hinblick auf eine künftige Vorgehensweise verstanden werden sollte.

Frau Strunk merkt an, dass die Prognose aus der Mitte der 90er Jahre ohne Weiteres hätte fortgeschrieben werden können. Darüber hinaus sind die aufgezeigten Umsetzungsschritte ihres Erachtens unzureichend, zumal genügend Planungsinstrumente im Rahmen des KJHG zur Verfügung stehen und darüber hinaus Erfahrungswerte vergleichbarer Kommunen herangezogen werden könnten. Daher sollten zeitnah mit den freien Trägern Vorschläge erarbeitet und zur Beratung vorgelegt werden.

Herr Dr. Rohr führt aus, dass auf Basis der Bestandserhebung zunächst eine Grundsatzentscheidung über die Umwandlung von Plätzen herbeigeführt werden soll. Die Fortschreibung der Zahlen kann dann mit konkreten Vorschlägen verbunden werden, wobei auch die Haushaltslage zu berücksichtigen ist.

Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

"Der Rat der Stadt Siegen beschließt entsprechend der Vorlage als ersten Schritt die Erweiterung des Platzangebotes für 10 % der Kinder unter drei Jahren und für 20 % der Schulkinder bis spätestens zum Kindergartenjahr 2003/2004 umzusetzen."

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (4 Ja-Stimmen GRÜNE)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder in Siegen 2000 - 2002 als einen Baustein im Rahmen der Bestandsaufnahme städtischer und außerstädtischer Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe und Sozialarbeit zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, Erhebungen durchzuführen, die verlässliches Zahlenmaterial liefern, um auf dieser Grundlage spätestens in 2003/2004 über grobe Richtungsvorgaben befinden bzw. konkrete Entscheidungen treffen zu können.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 4 Enthaltungen

7. Erweiterung der Hauptschulen Eiserfeld und Achenbach

Vorlagenr. 1756/2002 - Vorlage vom 18.02.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die bauliche Erweiterung der Hauptschule Eiserfeld und der Hauptschule Achenbach in dem im Einzelnen in der Vorlage dargestellten Umfang. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2003 ff haushaltsverträglich (ohne Ausweitung der Netto-Neuverschuldung) zu veranschlagen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**8. Haushalt 2001;
hier: Entscheidung über die Bildung von Haushaltsresten im Jahresabschluss 2001**

Vorlagenr. 1771/2002 - Vorlage vom 20.02.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Bildung von Haushaltsresten nach den Anlagen 1 (Verwaltungshaushalt) und 2 (Vermögenshaushalt) der Vorlage zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. **Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 19. März 2002;**
hier: Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. April 2002
- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW -**

Vorlagennr. 1827/2002 - Vorlage vom 13.03.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 14.03.2002, gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH für die Sitzung am 19. März 2002 zum Tagesordnungspunkt 4 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. April 2002" keine Weisung nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

10. **Errichtung eines dynamischen Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems am ZOB Siegen-Mitte;**
hier:
Sachstand, Rahmenbedingungen
Vertragsabschluss mit der VWS AG

Vorlagennr. 1848/2002 - Vorlage vom 27.02.2002

Herr Boller betont, dass die Verträge nicht nur die Errichtung des Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems beinhalten, sondern auch den Bau des Busbereitstellungsplatzes in der teuersten Variante. Letzterer ist entbehrlich, zumal für diese Vorhaben unnötiger Weise Gebäude abgerissen werden sollen.

Herr Kirchhöfer weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion die über den Verwaltungsvorschlag hinaus gehenden Änderungen nicht befürwortet und sich der Stimmen enthalten wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Abschluss des Vertrages zur Errichtung eines dynamischen Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems am ZOB in Siegen-Mitte gemäß Anlage zur Vorlage mit folgenden Änderungen:

- Das Begleitschreiben zur Vorlage wird nicht Vertragsbestandteil und demzufolge nicht beschlossen.

- § 1 Abs. 4 wird wie folgt ergänzt:
In der 5. Zeile wird nach dem Wort "üblichem Umfang" eingefügt: "(90 % für Los 1, 85 % für Los 2)".
- § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) die Überschrift lautet "Folgekosten"
 - b) Abs. 1 erhält folgende Neufassung:
"Sämtliche Folgekosten des BDS trägt die VWS."
- Die im Vertragsentwurf genannten Kosten für die Errichtung des BDS werden auf 1,8 Mio. EUR festgeschrieben.
- Es wird ein neuer § 7 eingefügt mit folgendem Wortlaut:
"Der Vertrag wird erst wirksam, wenn die Ausschreibungsergebnisse vorliegen und die vertraglich festgelegten Beträge eingehalten werden."
- Die Schiedsgerichtsklausel entfällt. Es gilt der ordentliche Rechtsweg.
- Die Verwaltung wird beauftragt, den Vertrag mit der VWS kurzfristig abzuschließen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

11. **Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 319 "Gewerbegebiet Eiserntalstraße / Hüttenweiher" im Stadtteil Eisersfeld;**
hier:
1. Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
2. Beschluss der Veränderungssperre gem. § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung

Vorlagenr. 1784/2002 - Vorlage vom 14.02.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 16 Abs. 1 BauGB die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 319 "Gewerbegebiet Eisertalstraße / Hüttenwiese" auf Anlage 2 zur Vorlage als Satzung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

12. Aufhebung der Ortsdurchfahrt im Zuge der L 562 / B 54 - Freudenberger Straße - in Siegen-Mitte

Vorlagennr. 1814/2002 - Vorlage vom 12.02.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen erteilt sein Einvernehmen zur Aufhebung der Ortsdurchfahrt im Zuge der L 562 - Freudenberger Straße - in Siegen-Mitte und zur Festsetzung des Endes der freien Strecke an der Einmündung der Freudenberger Straße in die Sandstraße.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

13. Eigenbetrieb der Stadt Siegen**13.1. 2. Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb der Stadt Siegen für Entwässerung vom 07. März 1997
hier: Änderung der DM-Wertgrenzen in Euro (€)**

Vorlagennr. 1869/2002 - Vorlage vom 18.03.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb der Stadt Siegen für Entwässerung vom 07. März 1997 wie folgt:

§ 4 Werksausschuß

Abs. 3, Buchstaben a) und b)

- a) Zustimmung zu Verträgen, wenn der Wert im Einzelfall den Betrag von 150.000,00 € übersteigt, ausgenommen sind die Geschäfte der laufenden Betriebsführung und Angelegenheiten, die nach der Gemeindeordnung, der Eigenbetriebsverordnung oder durch die Hauptsatzung der Zuständigkeit des Rates vorbehalten sind,
- b) Zustimmung zu Mehrausgaben gem. § 16 Abs. 5 EigVO, sofern sie im Einzelfall 25.000,00 € überschreiten; ausgenommen sind Mehrkosten, die aufgrund gesetzlicher oder tariflicher Verpflichtungen bestehen. Werden Mehrausgaben ganz oder teilweise durch zweckgebundene Einnahmen gedeckt, so erhöht sich der v. g. Betrag entsprechend.

§ 11 Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebs beträgt 25.564,69 €.

§ 12 Wirtschaftsplan

Abs. 2)

Die Pflicht zur unverzüglichen Änderung des Wirtschaftsplanes richtet sich nach der Eigenbetriebsverordnung.

Erheblich im Sinne des § 14 Abs. 2 a) EigVO ist grundsätzlich eine Abweichung von mehr als 250.000,00 €.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

13.2. 1. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage vom 17.05.2000 (Abwassersatzung)

Vorlagenr. 1870/2002 - Vorlage vom 18.03.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen vom 17.05.2000 (Abwassersatzung) wie folgt:

§ 5 Begrenzung des Benutzungsrechtes

Abs. (10 a):

Ausnahmen zu Abs. 3 Nr. 12 können erlaubt werden. Die tatsächliche Inanspruchnahme des Kanals führt in jedem Fall zu einer Gebührenpflicht auch bei unerlaubter Einleitungen von Grund-, Drain- und Baugrubenwasser.

Der Gebührensatz für Schmutzwasser pro m³ Frischwasser lt. Gebührensatzung gilt für die gemessene oder geschätzte Einleitungsmenge entsprechend. Die Möglichkeit der Ahndung durch ein Bußgeld bei fehlender Erlaubnis bleibt unberührt.

§ 24 Ordnungswidrigkeiten

Abs. 3:

Ordnungswidrigkeiten nach den Absätzen 1 und 2 können mit Geldbußen bis zu 50.000 € geahndet werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

14. 1. Ausschussneubesetzung

2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gem. § 113 GO NW

Vorlagenr. 1896/2002 - Vorlage vom 16.04.2002

Beschluss:

1. Ausschussneubesetzungen

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1.1 in den Bezirksausschuss II

Frau Christine Strunk (Stv) als stellvertretendes Mitglied

1.2 in den Bezirksausschuss V

Herrn Joachim Boller (Stv) als stellvertretendes Mitglied

1.3 in den Verkehrsausschuss

Herrn Ingo Müller-Kurz (s. B.) als ordentliches Mitglied und

Herr Michael Groß (Stv) als stellvertretendes Mitglied

1.4 in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Herrn Michael Groß (Stv) als stellvertretendes Mitglied

2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gem. § 113 GO NW

Der Rat der Stadt Siegen bestellt Herrn Raimund Klauser (s. B.) zum ordentlichen Mitglied und Herrn Joachim Boller (Stv) zum stellvertretenden Mitglied des Energiebeirates.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

14.1. Neubesetzung im Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Vorlagenr. 1901/2002 - Vorlage vom 18.04.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen als

1. Vertreter der Lehrerschaft für Gymnasien

1.1 Frau Oberstudiendirektorin Irmgard Klein als ordentliches Mitglied

1.2 Herrn Oberstudiendirektor Klaus Schütte als stellvertretendes Mitglied

2. Vertreter der Elternschaft für Grundschulen

2.1 Herrn Achim Rosenthal als ordentliches Mitglied

2.2 Frau Anja Fuchs als stellvertretendes Mitglied

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

14.2. 1. Ausschussumbesetzung**2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gem. § 113 GO NW**

Vorlagenr. 1909/2002 - Vorlage vom 23.04.2002 (Tischvorlage)

Beschluss:**1. Ausschussumbesetzung**

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1.1 in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Frau Brigitte Eger-Kahleis (s. B.) als ordentliches Mitglied

1.2 in den Jugendhilfeausschuss

Herrn Marc Klein (s. B.) als ordentliches Mitglied und

Herrn Ingo Janson (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

1.3 in den Verkehrsausschuss

Herrn Heinz Müller (Stv) als ordentliches Mitglied

1.4 in den Personalausschuss

Herrn Heinz Müller (Stv) als stellvertretendes Mitglied

1.5 in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Frau Silvia Kessler (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

1.6 in den Werksausschuss

Frau Christa Schlenther (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

1.7 in den Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid –

Frau Gisela Kamieth (s. B.) als ordentliches Mitglied

1.8 in den Bezirksausschuss III – Siegen-Ost –

Herrn Karl-Heinz Dittrich (s. B.) und Frau Anke Thielmann (s. B.) als ordentliche Mitglieder und

Herrn Dirk Fassbender (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

1.9 in den Bezirksausschuss V – Siegen-West –

Herrn Sebastian Kempf (s. B.) als ordentliches Mitglied

2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gem. § 113 GO NW

Der Rat der Stadt Siegen bestellt

2.1 in den Zweckverband Siegerlandflughafen

Frau Katrin Dittert (Stv) als ordentliches Mitglied

2.2 in den Zweckverband Klärwerk

Herrn Horst Wunderlich (Stv) als ordentliches Mitglied und

Herrn Uwe Elter (Stv) als stellvertretendes Mitglied

2.3 in die Gesellschafterversammlung NAS

Herrn André Schmidt (Stv) als ordentliches Mitglied und

Frau Ilona Moll (Stv) als stellvertretendes Mitglied

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Anlage zu TOP 3.2

STADT SIEGEN
I. Beigeordneter

Siegen, 15.04.2002

Antrag bzw. Anfragen bezüglich der Gewinnbeteiligung bzw. Sonderzahlung der SVB GmbH-Geschäftsführung**1. VORBEMERKUNG/ZULÄSSIGKEIT DER BEHANDLUNG DES VORGENANNTEN ANTRAGES BZW. DER ANFRAGEN**

Bei der Diskussion des vorgenannten Antrages bzw. bei der Beantwortung der Anfragen sind sowohl die besonderen Vorschriften der §§ 112 und 113 GO NW als auch die Bestimmungen des GmbH-Gesetzes mit den anzuwendenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes und des Publizitätsgesetzes zu beachten.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass sich die Auskunftserteilung in Bezug auf Angelegenheiten von Unternehmen und Einrichtungen, an denen die Gemeinde beteiligt ist, an der Spezialvorschrift des § 113 Abs. 5 GO NW orientiert. Diese Bestimmung verdrängt in ihrem Anwendungsbereich die allgemeinen Rechtsnormen über Fragen und Auskunftsrechte von Ratsmitgliedern. Danach haben die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen und Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde beteiligt ist, den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Dies geschieht bei der Stadt Siegen unter anderem durch die Herbeiführung von entsprechenden Weisungsbeschlüssen bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung und die jährliche Vorlage des Beteiligungsberichtes nach § 112 GO NW.

Sollte sich der Rat durch die vorgenannten Normadressaten/Unterrichtungsmöglichkeiten nicht ausreichend informiert fühlen, kann er nur aufgrund eines **Mehrheitsbeschlusses** zusätzliche Informationen begehren, sofern dem keine gesetzlichen Regelungen entgegenstehen. Ohne Mehrheitsbeschluss muss insofern auf die öffentlich zugänglichen Unternehmensunterlagen sowie auf den in § 112 GO NW verankerten Beteiligungsbericht verwiesen werden.

Selbst bei einem entsprechenden Mehrheitsbeschluss des Rates darf das Auskunftsersuchen nicht auf eine faktische Veröffentlichung von Unternehmensinterna hinauslaufen. Die vorgenannten gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen (GmbH-Gesetz, Handelsgesetzbuch usw.) mit dem Interesse einer Gesellschaft auf Vertraulichkeit ihrer Geschäftsbeziehungen geht als Bundesrecht dem jeweiligen Kommunalrecht vor. Nach den für privatrechtlichen Gesellschaften maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen sind unter anderem steuerrechtliche Aspekte und Personalangelegenheiten vertraulich zu behandeln.

Als Fazit bleibt damit festzuhalten, dass die erbetenen Auskünfte unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt von dem Fragerecht gemäß § 8 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Siegen in Verbindung mit § 47 GO NW gedeckt sind. Insofern ist die Verwaltung nicht berechtigt, zu den in den Anfragen genannten Punkten dezidiert Stellung zu nehmen. Dies gilt insbesondere für steuerrechtliche und personalrechtliche Aspekte.

2. **ZUM SACHVERHALT**

Da das Thema der Anfragen bereits Gegenstand der öffentlichen Diskussion (Presseberichterstattung, Leserbrief) gewesen ist, wird aus Sicht der Verwaltung zum bekannten Sachverhalt wie folgt Stellung genommen:

Die in Rede stehenden Zahlungen an die SVB-Geschäftsführung sind im Zusammenhang mit dem im Jahre 2000 auf Basis des Jahresabschlusses 1999 durchgeführten steuerlichen „Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren“ zu sehen.

Die Teilnahme der Stadt Siegen an diesem Verfahren hat die Gesellschafterversammlung der SVB GmbH (Vertreter der Gesellschafterin Stadt Siegen ist der Haupt- und Finanzausschuss) in einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 23.08.2000 beschlossen. Die Beschlussfassung der städtischen Gremien stellte sich wie folgt dar:

- Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW am 08.09.2000;
- Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses am 20.09.2000;
- Beschluss des Rates der Stadt am 18.10.2000.

Den städtischen Gremien wurde der Sachverhalt zur Beschlussfassung mit nicht öffentlicher Vorlage vom 06.09.2000, Vorlage-Nr. 684/00, eingehend dargestellt. Die vorbezeichnete Beschlussvorlage enthält sämtliche entscheidungsrelevanten Daten und Informationen, so dass aus dieser Vorlage alle im Antrag der UWG-Fraktion gestellten Fragen beantwortet werden können. Im Übrigen erfolgten die jeweiligen Beschlussfassungen in den städtischen Gremien alle einstimmig.

Im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion bezüglich des durchgeführten Ausschüttungsverfahrens und der daraus resultierenden Folgen hat sich der Aufsichtsrat der SVB GmbH in seiner Sitzung am 19.03.2002 eingehend mit dem Sachverhalt beschäftigt. Im Rahmen dieser Beratung hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates eine entsprechende Erklärung abgegeben, die – zusammengefasst – im Wesentlichen folgende Punkte zum Inhalt hat:

1. Die EVERSHEIM • STUIBLE TREUBERATER GMBH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, hat die Jahre 1999, 2000 und früher einschließlich aller damit zusammenhängenden relevanten Vorgänge – auch unter steuerlichen Gesichtspunkten – geprüft. Die Berichte enthalten einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk mit dem Inhalt, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen geführt hat.

2. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates hat sich persönlich über den Inhalt der Anstellungsverträge zwischen den Gesellschaftern und der Geschäftsführung informiert und ist zu der Auffassung gekommen, dass die Zahlungen an die Geschäftsführer auf dieser Basis rechtmäßig erfolgt sind.
3. Um allen denkbaren weiteren Mutmaßungen und Gerüchten die Grundlage zu entziehen, hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates die genannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, im Zusammenhang mit der begonnenen Prüfung des Jahresabschlusses 2001 diese zu bitten, das durchgeführte Ausschüttungsverfahren im Jahre 1999/2000 einschließlich der in Frage stehenden Zahlungen erneut einer gesonderten Prüfung zu unterziehen.
4. Die SVB GmbH ist eine privatrechtlich organisierte so genannte gemischtwirtschaftliche Gesellschaft. Damit unterliegt sie den Vorschriften des GmbH-Gesetzes, des Handelsgesetzbuches und des Publizitätsgesetzes. Die in diesen Gesetzen vorgesehenen Veröffentlichungspflichten sind sämtlich erfüllt worden. Ebenso sind die Gesellschafter sowie die zuständigen Gremien des Unternehmens voll umfänglich über alle relevanten Vorgänge informiert worden. Darüber hinausgehende Auskunfts- oder Veröffentlichungspflichten bestehen nicht und können auch nicht erfüllt werden; diese schon deshalb nicht, weil der Vertrauensschutz gegenüber allen Gesellschaftern dies verbietet.

gez. Reinhold Baumeister

Anlage zu TOP 3.6

Die Statt Partei - Die Unabhängigen - im Rat der Stadt Siegen hat mit Schreiben vom 16.03.2002 zur Vorlage Nr. 1770/02 „**1. Sachstandsbericht der Projektgruppe Aufgabenkritik**“ (beraten im Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt am 06.03.2002) gemäß § 8 (5) GO des Rates der Stadt eine Anfrage gestellt, die wie folgt beantwortet wird:

Frage 1: Wer beschloss wann die Zusammensetzung der „Projektgruppe Aufgabenkritik“ und nach welchen Prioritäten werden Sparpotentiale innerhalb der Verwaltung gesucht?

Antwort 1: Der Bürgermeister hat im Rahmen seiner Zuständigkeit mit Organisationsverfügung vom 19.04.2000 die **Einrichtung einer „Projektgruppe Aufgabenkritik“** mit folgendem Inhalt bzw. Auftrag verfügt:

Aufgrund der aktuellen finanzwirtschaftlichen Situation der Stadt Siegen und vor dem Hintergrund

- des bevorstehenden Tarifabschlusses
- der Steuerentlastungsvorhaben der Bundesregierung
- der beabsichtigten Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den delegierten Sozialhilfeaufwendungen nach dem Entwurf des 2. Modernisierungsgesetzes

wird von weiteren unbeeinflussbaren **Minder**-Einnahmen und **Mehr**-Ausgaben in Millionenhöhe auszugehen sein, die im aktuellen Haushalt 2000 bzw. der mittelfristigen Finanzplanung keine Berücksichtigung gefunden haben.

Die bisher von der Stadt eingeleiteten und umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen reichen angesichts des erkennbaren negativen Trends nicht aus, um perspektivisch den Haushaltsausgleich im Verwaltungshaushalt und damit die kommunale Handlungsfähigkeit wieder herzustellen.

Es ist zunächst **primär** Aufgabe der Verwaltung, weitergehende Einsparmöglichkeiten mit überwiegend zwangsläufig unpopulären Eingriffen in den bisherigen Aufgaben- und Ausgabenbestand und im Dienstleistungsangebot aufzuzeigen.

Schwerpunktaufgaben der **Projektgruppe Aufgabenkritik** sind

- Ermittlung / Bezifferung des Konsolidierungsbedarfes
- Festlegung von Einsparquoten für die jeweiligen Geschäfts- und Fachbereiche in Abhängigkeit von den Aufgabenstellungen (gesetzlich verpflichtend / freiwillig)

- Aufforderung an die Geschäftsbereiche / Fachbereiche zur Unterbreitung von Vorschlägen für die Erreichung der festgelegten Konsolidierungsquoten mit Darstellung der Folgewirkungen
- Erarbeitung eigener Konsolidierungsvorschläge im Sach- und Personalkostenbereich.

Frage 2: Aus welchen Personen besteht diese Gruppe?

Antwort 2: Mitglieder der Projektgruppe sind:

- Leiter Rechnungsprüfungsamt
- stellvertretender Leiter Rechnungsprüfungsamt
- Fachbereichsleiter 2 - zugleich Projektgruppenleiter -
- Abteilungsleiter 2/3
- Organisationssachbearbeiter - Abteilung 2/3 -
- Fachbereichsleiter 3
- stellvertretender Fachbereichsleiter 3
- Controller Geschäftsbereich 3.

Frage 3: Was ist mit „Verzicht auf 2. Sitzungsgeld“ gemeint (Maßnahme 005)?

Antwort 3: Die Maßnahme 005 - Verzicht auf 2. Sitzungsgeld je Sitzungstag - ist ausführlich in der Vorlage Nr. 1770/02 vom 21.02.2002 dargestellt und bedarf aus der Sicht der Verwaltung derzeit keiner weiteren Erläuterung.

Anlage zu TOP 3.7

STADT SIEGEN
I. Beigeordneter

Siegen, 05.04.2002

Anfrage • Arbeitsgruppe Anti-Korruption der Stadtverwaltung •

Die Anfrage von Herrn Stadtverordneten Thomas Morgenschweis vom 16.03.2002 beantworte ich wie folgt:

Bei der Stadtverwaltung Siegen ist bereits seit dem 01.09.1998 eine innerdienstliche „Richtlinie zur Verhinderung von Manipulation und Korruption“ in Kraft. Mit Verfügung des damaligen Stadtdirektors vom 22.07.1999 wurde der Erlass des Innenministeriums NRW vom 12.04.1999 zur Bekämpfung von Korruption und Manipulation in öffentlichen Verwaltungen zur verbindlichen Arbeitsgrundlage für die Stadtverwaltung Siegen erklärt.

Der Bürgermeister hat mit Organisationsverfügung vom 01.12.1999 die Einrichtung einer Projektgruppe „Verhinderung von Manipulation und Korruption“ angeordnet. Dieser Projektgruppe wurde unter anderem die Neufassung der Dienstanweisung für Vergabeverfahren der Stadt Siegen aufgegeben. Diese ist seit dem 01.06.2001 in Kraft. Daneben wurden durch die Projektgruppe eine Reihe von Dienstbesprechungen und Informationsveranstaltungen – auch mit anderen Verwaltungen und Strafverfolgungsbehörden – durchgeführt.

Bei dieser Gelegenheit soll nicht unerwähnt bleiben, dass in einer aktuell publizierten Studie des Bundes der Steuerzahler NRW das Vorgehen der Stadt Siegen im Themenfeld „Verhinderung von Korruption und Manipulation“ als vorbildlich herausgestellt wurde.

gez. Reinhold Baumeister

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Büro Bürgermeister
Bearbeitet von: Hans-Jürgen Dorsch

Datum
28.02.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss	19.03.2002
Haupt- und Finanzausschuss	10.04.2002
Rat	24.04.2002

Betreff:

Jugendleiter-/Jugendleiterinnen-Card (JuLeiCa)
Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt - aufgrund der besonderen landesseitigen Gewichtung - finanzielle Vergünstigungen für ehrenamtliche Tätigkeit nur an Inhaber der Jugendleiter/Jugendleiterinnen-Card zu gewähren.

An den bisherigen beschlossenen Vergünstigungen für die Bereiche

- Bücherei
- Bäder
- Siegerlandmuseum / Ausstellungsforum Haus Oranienstraße

wird festgehalten.

Weitere Vergünstigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten können durch die Stadt Siegen nicht gewährt werden.

Sachverhalt / Begründung:

Die Einführung einer bundeseinheitlichen Jugendleiter/-innen-Card in Nordrhein-Westfalen ist durch Runderlass des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW vom 16.12.1999 - IV B 4 - 1207.14 - (Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen - Nr. 3 vom 20.01.2000) am 01.01.2000 in Kraft getreten.

Jugendleiterinnen und Jugendleiter üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus. Um ihnen eine amtliche Legitimation zu geben, wurde eine bundeseinheitliche Jugendleiter/-innen-Card im Form einer Scheckkarte eingeführt. Sie ersetzt den bisherigen Jugendgruppenleiter/-innen-Ausweis.

Die Card dient

- zur Legitimation gegenüber den Erziehungsberechtigten der Minderjährigen in der Jugendarbeit;
- zur Legitimation gegenüber staatlichen und nichtstaatlichen Stellen, von denen Beratung und Hilfe gewünscht wird;
- zum Nachweis der Berechtigung für die Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen, die an die Funktion „Jugendleiterin“ und Jugendleiter“ oder ausdrücklich an diese Card anknüpfen können wie z. B. Erstattung von Verdienstausfall, Fahrpreisermäßigungen, Gebührenfreiheit oder -ermäßigung für das Entleihen von Medien und Geräten bei den Bildstellen etc.

Mitarbeiter/-innen in der Jugendarbeit, die ehrenamtlich für einen Träger der freien oder der öffentlichen Jugendhilfe tätig und mindestens 16 Jahre alt sind, können die JuLeiCa erhalten.

Der unterzeichnende Träger bestätigt mit seiner Unterschrift die Richtigkeit der Angaben und die Qualifikation der Jugendleiter/-in (Aus- bzw. Fortbildung in Rechts- und Versicherungsfragen, Erste Hilfe, pädagogische Qualifikation) d. h. es ist zum einen ein klar definierter Personenkreis, der die JuLeiCa erhalten kann (siehe sogenannte Qualifikationen) und zum anderen bestimmt der Verein, für wen er die JuLeiCa beantragt.

In der Stadt Siegen sind bis heute ca. 500 Jugendleitercard's (Stand Jan. 2002) ausgegeben worden. Sie verteilen sich auf alle Vereine und Verbände, so sind z. B. 13 JuLeiCa's an Mitarbeiter/-innen von Sportvereinen ausgegeben worden, 12 JuLeiCa's an Mitglieder der Jugendfeuerwehr. Die restlichen Card's sind an Gruppierungen wie Pfadfinder, CVJM, Ev. Jugend, Kath. Jugend, Jugendchöre, THW-Jugend etc. ausgegeben worden.

Bezogen auf Vergünstigungen für JuLeiCa-Inhaber/-innen im Bereich der Stadt Siegen ist auf die Beratung im JHA am 03.07.2001 einzugehen. In dieser Sitzung hat der JHA einstimmig folgende Empfehlung an den Rat ausgesprochen:

1. *Den Inhabern der Jugendleiter-Card wird bei folgenden Angeboten der Stadt Siegen eine einheitliche Ermäßigung von 25 % eingeräumt:*
 - *Kulturelle Veranstaltungen der Stadt Siegen (Theater, Konzerte, Unterhaltungsprogramme)*
 - *Eintritte für die Hallen-, Brause-, Wanne- und Freibäder*
 - *Eintritt in das Siegerlandmuseum*
 - *Besuch von VHS-Kursen.*

Die Nutzung der Büchereien der Stadt Siegen ist für die Inhaber/innen der JuLeiCa kostenlos.

Die Inhaber/innen der JuLeiCa werden von der Entrichtung der Verwaltungsgebühren nach der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Siegen (z. B. für Beglaubigungen, Bescheinigungen, Genehmigungen) befreit.
2. *Die Ermäßigung sollte die jeweilige städtische Einrichtung nach Vorlage der JuLeiCa in der Regel unmittelbar gewähren.*
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Erstattung der Einnahmeausfälle haushaltstechnisch erfolgen kann.
3. *Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, umgehend die notwendigen Änderungen der entsprechenden Benutzungs- und Gebührenordnungen vorzulegen.*
4. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Stadtjugendring Siegen mit Veranstaltern, Einzelhändlern und sonstigen Firmen weiter über Vergünstigungen für Inhaber/innen der JuLeiCa zu verhandeln und dem zuständigen Fachausschuss über die (Zwischen-)Ergebnisse Bericht zu erstatten.*
5. *Die Verwaltung wird beauftragt, auch für die bislang nicht berücksichtigte Gruppe ehrenamtlich Tätiger im Sozial- und Jugendbereich eine vergleichbare Regelung zu erarbeiten.*
Die Kosten sollten im Interesse der Haushaltstransparenz in einer eigenen Haushaltsstelle dargestellt werden.

Die Empfehlung des JHA wurde durch Beschlussfassungen des Rates zu den Bereichen

- Bücherei
- Bäder
- Siegerlandmuseum / Ausstellungsforum Haus Oranienstraße

wie folgt konkretisiert:

- Für Inhaber/innen der JuLeiCa ist die Nutzung der Stadtbibliothek Siegen kostenlos.
- In den städtischen Hallen- und Freibädern soll zukünftig für Inhaber/innen der JuLeiCa der Tarif für Jugendliche (14 bis 18 Jahre) angewendet werden.
- Für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss und das Ausstellungsforum Haus Oranienstrasse werden die Inhaber/innen der JuLeiCa in die Entgeltkategorie Kinder/Jugendliche/Studenten aufgenommen.

Hingewiesen werden muss in diesem Zusammenhang darauf, dass eine „haus- halts- technische Erstattung“ gem. Ziffer 2 der Empfehlung des JHA von der Haushaltssystematik nicht abgedeckt wird. Ebenso dürfen keine Gebührenverstöße gegen Landesrecht beschlossen werden. Die Abänderung von Gebührensatzungen für JuLeiCa-Inhaber wird nicht befürwortet.

Weitere - über den Bereich der JuLeiCa-Inhaber/-innen hinausgehende - Vergünstigungen können seitens der Stadt Siegen nicht gewährt werden. Hinsichtlich zusätzlicher, nicht kommunaler Vergünstigungen für JuLeiCa-Inhaber/-innen in NRW wird auf die vergünstigte Bahn-Card verwiesen. Ein entsprechender Erlass des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NW vom 26.06.2001 ist zur Kenntnis beigefügt.

Darüber hinaus erhalten Inhaber/innen der JuLeiCa aufgrund eines gemeinsamen Projektes des Landesjugendring NRW und des Multiplex Dachverband Cineropa e.V. ab Februar 2002 freien Eintritt im Siegener CineStar. Der Presseartikel aus der Westfalenpost vom 27.02.2002 ist ebenfalls zur Kenntnis beigefügt.

Schätzungen zu den ehrenamtlich tätigen Personen im Stadtgebiet gehen von 20.000 bis 30.000 Menschen aus. Für diese unterschiedlichsten Personengruppen und Tätigkeitsfelder Vergünstigungen selektiv vorzuschlagen bzw. inzident abzulehnen erscheint auf kommunaler Ebene kaum möglich sowie finanziell nicht darstellbar. Hierzu ist ein entsprechendes Landes- oder Bundesinteresse wie an der JuLeiCa-Regelung nicht festzustellen. Darüber hinaus würden erhebliche Einnahmeausfälle bzw. Kosten anfallen, welche auch mit dem Prüfraster zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten nicht in Einklang zu bringen wären, wobei damit in keinem Falle eine kommunale Bewertung der vor Ort erbrachten ehrenamtlichen Leistung verbunden ist. Gerechte und allseitig nachvollziehbare Kriterien für eine kommunale Auswahl von bevorzugten Personenkreisen sind nicht annähernd aufzustellen.

Insofern kann auch dem Ansinnen der kostenlosen Nutzung der Hallen- und Freibäder der Stadt Siegen durch die ehrenamtlichen Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr Siegen (Antrag im FschA am 27.08.2001) nicht gefolgt werden. Gleiches muss auch für die Ziffer 5 der Empfehlung des JHA gelten. Vergünstigungen für ehrenamtlich tätige Personen im Sozial- und Jugendbereich, welche nicht JuLeiCa-Inhaber sind, können dem Rat nicht zur Beschlussfassung vorgeschlagen werden.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass derzeit Gespräche zur Einrichtung eines „Büros für freiwilliges Engagement“ unter Federführung der Agenda AG „Alter @ktiv“ und Einbindung der Sozialverbände geführt werden. Im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsvertrages zwischen der Arbeitsgruppe ALTERaktiv und der Universität-GH Siegen, welcher mit einem Landeszuschuss unterstützt wurde, haben Umfragen zum Ehrenamt ergeben, dass eine erhebliche Anzahl von Personen neue Perspektiven suchen und bereit sind, das soziale Zusammenleben auf der kommunalen Ebene mitzugestalten. Dabei wurde seitens der betroffenen Ehrenamtler Betreuung und Beratung höher eingestuft als direkte finanzielle Vergünstigungen. Das „Büro für freiwilliges Engagement“ soll Menschen aller Altersstufen ansprechen und interessierten Menschen die Möglichkeit geben, sich in Beratungsgesprächen gemäß ihren eigenen Interessen über Engagementmöglichkeiten zu informieren und geeignete Bereiche zu entdecken. Darüber hinaus soll das Büro in Zusammenarbeit mit denjenigen Organisationen, welche eine Nachfrage nach freiwilligen Mitarbeiter/innen haben, Informationen über Engagement-Felder innerhalb der Stadt Siegen sammeln, diese aufbereiten und den interessierten Bürgerinnen und Bürgern zugänglich machen.

Neben der Beratung und Information soll eine solche „Freiwilligenagentur“ als ein Ort fungieren, an dem für freiwilliges Engagement geworben wird. Dies könnte von Informationsveranstaltungen bis hin zu selbst initiierten Projekten reichen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen: 3

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich FBL 5
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss	19.03.2002
Haupt- und Finanzausschuss	10.04.2002
Rat	24.04.2002

Betreff:

Tageseinrichtungen für Kinder
Bedarfsplanung 2000 - 2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder in Siegen 2000 - 2002 als einen Baustein im Rahmen der Bestandsaufnahme städtischer und außerstädtischer Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe und Sozialarbeit zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich 4/1
Bearbeitet von: Herbert Keßler

Datum
18. Februar 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Schul- und Bildungswesen	21.03.2002
Haupt- und Finanzausschuss	10.04.2002
Bezirksausschuss VI-Eiserfeld	17.04.2002
Bezirksausschuss V - West	22.04.2002
Rat	24.04.2002

Betreff:

Erweiterung der Hauptschulen Eiserfeld und Achenbach

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die bauliche Erweiterung der Hauptschule Eiserfeld und der Hauptschule Achenbach in dem im Einzelnen in der Vorlage dargestellten Umfang. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2003 ff haushaltsverträglich (ohne Ausweitung der Netto-Neuverschuldung) zu veranschlagen.

Sachverhalt / Begründung:

Die Stadt Siegen unterhält sechs Hauptschulen:

- Hauptschule Achenbach (Stadtteil Achenbach)
- Albertus-Magnus-Schule (Stadtteil Siegen-Alt)
- Geschwister-Scholl-Schule (Stadtteil Geisweid)
- Haardter-Berg-Schule (Stadtteil Weidenau)
- Hauptschule Eiserfeld (Stadtteil Niederschelden)
- Winchenbachschule (Stadtteil Siegen-Alt).

I. Prognose:

Allgemeine Anmerkungen:

Eine zuverlässige Prognose über die Schülerzahlenentwicklung ist weiterhin problematisch. Wenngleich sich erste Erfahrungen wegen der Entwicklung des Elternwahlverhaltens bezüglich der Schulformempfehlung nach der vierten Klasse ergeben haben, sind hier Schülerzahlenentwicklungen feststellbar, die weder die Prognose des SEP bestätigen noch sich in der rein mathematischen neuen Prognose wiederfinden.

Der im Rahmen der Schulentwicklungsplanung 1998 - 2003 unterstellte **Rückgang** der Schülerzahlen im Hauptschulbereich **ist nicht eingetreten. Vielmehr ist eine kontinuierliche Schülerzahlensteigerung im Hauptschulbereich feststellbar.**

Der Vergleich Prognose zum Ist verdeutlicht dies:

Ist-Schülerzahl im Schuljahr 1998/1999 **= 1560**

Vergleich Prognose laut SEP 1998-2003 zum Ist:		
Schuljahr	Schülerzahlen prognose lt. SEP 1998-2003	IST-Schülerzahl
1999/2000	1579	1595
2000/2001	1571	1611
2001/2002	1596	1659

Dabei ist festzustellen, dass die Prognose bezüglich der Eingangsklasse 5 (Wechsel von Grund- zur Hauptschule) nur geringfügig von den tatsächlichen Anmeldezahlen abweicht, jedoch ein erheblich höherer Anteil der Schulformwechsel nach Klasse 5 und 6 zur Hauptschule eingetreten ist, als prognostiziert wurde.

Hinzu kommt eine erhebliche Steigerung bei der Hauptschule „Haardter Berg“ die ursächlich mit der Aufgabe der Anne-Frank-Schule in Netphen-Dreis-Tiefenbach erklärbar ist.

Die bisher erheblichen Wechsel zur Hauptschule innerhalb der Sekundarstufenlaufbahn I schlagen sich rechnerisch noch nicht in vollem Umfang in der neuen Prognose nieder. Es ist daher damit zu rechnen, dass auch diese Prognose nach oben zu korrigieren sein wird.

Zwar ist für die mittelfristige Planung zu beachten, dass die Gesamtzahl der Grundschülerinnen und Grundschüler rückläufig ist. Offensichtlich trifft diese rückläufige Grundschülerzahl entgegen der rechnerischen Aufteilung für den Hauptschulbereich nicht in diesem Umfang zu. Erklärung hierfür könnte sein, dass die Schülerzahlen bezogen auf diese Schulform nicht (bzw. nicht in diesem Umfang) rückläufig sind. Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die Schülerzahlen der Hauptschulen sich auf dem jetzigen Niveau einpendeln werden und damit deutlich über der Prognose der Schulentwicklungsplanung 1998 – 2003 liegen.

Dies bedeutet aber auch, dass schulorganisatorische Maßnahmen zur Lösung der Raumprobleme an den bestehenden Schulen nicht greifen können und günstigs-tenfalls bei der Geschwister-Scholl-Schule der erwartete Rückgang der Schülerzahlen zur Lösung der Raumprobleme dieser Schule beitragen könnte.

II. Erweiterungsbedarfe:

Allgemeine Anmerkungen:

Für Hauptschulen gilt als „Mindestgröße“ eine Zweizügigkeit. Dabei geht der Landesgesetzgeber davon aus, dass kleinere Hauptschulen kein geordnetes Schulangebot unterbreiten können und daher nur in begründeten Ausnahmefällen aufrecht erhalten werden dürfen. Diese landesgesetzliche Regelung resultiert auch und insbesondere mit Blick auf den zieldifferenten Unterricht in Klasse 10 (Hauptschulabschluss und Fachoberschulabschluss) aus einem bildungspolitischen Sachzwang.

Die aus Jahrgangsstufe 9 zu übernehmenden Schülerinnen und Schüler müssen zahlenmäßig die Bildung von zwei zieldifferenten Schulabschlüssen ermöglichen. Ein Wechsel der Schule in den Klassen 9 und 10 ist rechtlich unzulässig und auch pädagogisch nicht vertretbar.

Die Alternative einer einzügigen Hauptschule (z.B. durch Veränderung der Einzugsbereiche) ist daher nicht zu prüfen. Denkbar wäre nur die Komplettaufgabe eines Schulstandortes. Hierzu verweise ich auf die ausführliche Prüfung und Verneinung dieser Möglichkeit im Rahmen des Schulentwicklungsplanes 1998 bis 2003. Da gegenläufig zu den damaligen Prognosen die heutigen Schülerzahlen ein erheblich höheres Niveau aufweisen, kann eine erneute Darstellung der fehlenden Umsetzbarkeit entfallen. Im Übrigen ist darauf zu verweisen, dass selbst bei Außerachtlassung des Verbotes der Einzügigkeit keine Schule in der Lage wäre, die erforderliche Auffüllung der Klassen auf

rechnerisch 30 Schülerinnen und Schüler durchgängig durch alle Jahrgangsstufen sicher zu stellen, so dass innerhalb einer Schullaufbahn ein mehrfacher Wechsel der Schule durch die einzelnen Schülerinnen und Schüler erforderlich wäre. Dies ist rechtlich nicht zulässig und wäre auch pädagogisch nicht vertretbar. Alternativ bliebe die Erhöhung der Zügigkeit (mit entsprechendem Bauvolumen) bei einer Schule, um einen Standort aufzugeben.

Auf eine entsprechende Vergleichsberechnung der Baukosten wird verzichtet, da die in Frage kommenden Schulen „Achenbacher Schule“ und „Eiserfelder Schule“ in der Zusammenlegung bei den aktuellen Schülerzahlen mit Ausnahme von 3 Klassen zu einer 4zügigen Hauptschule würden und damit das Bauvolumen erheblich über den geplanten Erweiterungsbauten liegen würde. Auf die schulfachlichen Bedenken einer „Verschmelzung“ braucht daher nicht eingegangen werden.

Es verbleibt letztlich bei dem bereits im Schulentwicklungsplan festgehaltenen Erweiterungsbedarfen für die Hauptschulen Achenbach und Eiserfeld.

Der räumliche Ist-Zustand der einzelnen Hauptschulen ist unter dem Gesichtspunkt dieser Vorbemerkungen wie folgt zu bewerten:

Einzelschulische Bewertung:

Hauptschule Achenbach

Wie bereits seit Schuljahr 1994/1995 (186 Schülerinnen und Schüler) werden die Schülerzahlen an der Hauptschule Achenbach im Prognosezeitraum weiter ansteigen und sich mittelfristig bei ca. 240 bis 260 Schülerinnen und Schülern einpendeln. Die Schule ist damit gefestigt zweizügig.

Diese Entwicklung dürfte Folge der Neubelegung der ehemaligen belgischen Liegenschaften sein.

Die zur Zeit vorhandenen Fehlflächen, insbesondere bei den Fachräumlichkeiten machen einen **kurzfristigen Erweiterungsbau unabdingbar notwendig**.

Nachdem die Bezirksregierung Arnsberg in ihrer Stellungnahme zum SEP im Juni 1998 bereits für die Hauptschule Achenbach (ebenso Geschwister-Scholl-Schule und Albertus-Magnus-Schule) die teilweise erheblichen Defizite im Bereich der Fachräume zur Bearbeitung angemahnt hat, sind hier die Möglichkeiten der Doppelnutzungen von Räumen durch die gestiegene Schülerzahl noch weiter eingeschränkt worden. Mittler-

weile müssen alle Klassenräume als solche genutzt werden. Ergänzend ist anzumerken, dass der Gemeindeunfallversicherungsverband die Bewertung der Schulverwaltung bezüglich des derzeit als Werkraum genutzten Raumes dergestalt konkretisiert hat, dass er eine solche Nutzung nur duldet, da von einer schnellen Aufgabe dieser Nutzung nach Umbau ausgegangen wird. Hieraus ergibt sich ein weiterer Verweis auf die Dringlichkeit der Baumaßnahme.

Für den Erweiterungsbau wurde aufgrund eines schon reduzierten Bedarfes (unter Raumprogrammempfehlungen liegend) ein Zuschussantrag bei der Bezirksregierung gestellt. Durch die Umstellung der Landesförderung auf Pauschalförderung wird der vorgesehene Bauumfang weiter reduziert. Das bisherige Raumprogramm, dass von 1.015 m² neu zu schaffenden Schulraum (darin enthalten 300 m² im Bestand = 715 m² neu) ausging, wird aufgrund des Wegfalls der Förderrichtlinien und –voraussetzungen nochmals reduziert auf nunmehr 630 m² zuzüglich Umbauarbeiten im Bestand.

Diese Reduzierung resultiert im Schwerpunkt auf Umplanungen im Verwaltungstrakt die eine Weiternutzung des hauswirtschaftlichen Bereiches durch Vergrößerung erreichen, einer Doppelnutzung des Raumes für textiles Gestalten mit Kunst sowie einigen internen Raumumnutzungen um im reduzierten Umfang (Kellergeschoß) Bibliothek anbieten zu können und den Verwaltungsbereich (fehlende Räume für Konrektor, Elternsprechzimmer, Erste-Hilfe- Raum, Schülermitverwaltung bzw. Streitschlichterzimmer) zu erweitern. Die Reduzierung wurde mit der Schulleitung abgesprochen.

Details der geplanten Erweiterung sind aus dem Raumprogramm (Anlage 3, Blatt 1) entnehmbar.

Eine Kostenschätzung auf dieser Basis ist beigelegt (Anlage 4, Blatt 2+3).

Hauptschule Eiserfeld

Die Schule verzeichnet seit Beginn der neunziger Jahre, von Schwankungen abgesehen, rückläufige Schülerzahlen. Vom Schuljahr 1998/1999 bis zum Ende des Prognosezeitraumes bleiben die Schülerzahlen konstant, so dass die Schule auch mittelfristig zweizügig geführt wird.

In der Schulentwicklungsplanung wurde bereits festgeschrieben, dass ein ersatzloser Abriss des baulich abgängigen Pavillons einem geordneten Schulbetrieb entgegen steht.

Im Rahmen des Investitionscontrolling „Realschule Am Hengsberg“ wurde auch der Baubedarf der Hauptschule Eiserfeld geprüft und festgestellt. Der unter schulfachlicher

Sicht als Minimum noch zu vertretende Baubedarf wird mit 680 m² errechnet. Durch den Wegfall der Projektförderung des Landes im Schulbaubereich sind hiervon noch geringfügige Reduzierungen vertretbar. Diese beschränken sich jedoch auf eine Reduzierung des Bibliothekbereiches von 150 m² auf 75 m² und die Weiternutzung des im Mehrzweckraum errichteten Informatikraumes. Der durch diese Umnutzung nicht mehr bestehende Mehrzweckraum wird künftig ebenfalls im Wege von Doppelnutzung anderer Räumlichkeiten nicht in die Baunotwendigkeit aufgenommen. Der Bauumfang reduziert sich durch diese Veränderungen nochmals auf nunmehr 515 m² zuzüglich Umbauarbeiten im Bestand. Diese Reduzierung wurde mit der Schulleitung abgesprochen.

Auch für dieses Schulgebäude ist festzuhalten, dass der derzeit als Werkraum genutzte Raum nicht den Anforderungen des GUVV entspricht.

Details der geplanten Erweiterung sind aus dem Raumprogramm (Anlage 3, Blatt 2) entnehmbar.

Eine Kostenschätzung auf dieser Basis ist beigelegt (Anlage 4, Blatt 4).

Albertus-Magnus-Schule

Trotz einiger Schwankungen steigt die Schülerzahl, wie bereits in den letzten Jahren, bis zum Ende des Prognosezeitraumes leicht an. Die Schule wird weitestgehend zweizügig (vereinzelt dreizügig) geführt werden. Das Raumprogramm der Albertus-Magnus-Schule ist ausreichend und entspricht im Wesentlichen den Grundsätzen für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemeinbildende Schulen und Sonderschulen. Einzelne Räumlichkeiten liegen z.T. erheblich unter den empfohlenen Größen der Raumprogrammempfehlungen. Das nicht vorhandene Forum kann bei Bedarf durch die Turnhalle kompensiert werden, die übrigen Fehlflächen werden durch Umnutzung/Mehrfachnutzung von Räumen aufgefangen. Nebenraumflächen sind nur gering vorhanden. Hier ist längerfristig mit einer durchgehenden Zweizügigkeit (ggf. Veränderungen der Einzugsgebiete zulasten der Winchenbach bzw. Haardter Berg Schule) Abhilfe zu schaffen.

Geschwister-Scholl-Schule

Die Geschwister-Scholl-Schule verzeichnet seit dem Schuljahr 1996/1997 leicht sinkende Schülerzahlen; dieser Trend hält bis zum Ende des Prognosezeitraumes an, es

bleibt aber bei der Dreizügigkeit. Es bestehen erhebliche Fehlflächen bei den Nebenräumen. Darüber hinaus fehlt der Musik – und der Mehrzweckraum. Der unterrichtlich für Hauptschulen sehr wichtige Hauswirtschaftsbereich wird zur Zeit nur eingeschränkt in der benachbarten Realschule Am Schießberg angeboten. Mittelfristig wäre im Grundsatz ein Erweiterungsbedarf gegeben. Aufgrund der rückläufigen Schülerzahlenprognose sollte jedoch die nächste Auswertung der Schülerzahlenfortschreibung abgewartet werden um zu sehen, ob eine Umnutzung evtl. frei werdender Schulräume Erweiterungsbedarfe ersetzen kann.

Haardter-Berg-Schule

Die Haardter-Berg-Schule verzeichnet von Beginn der neunziger Jahre bis zum Schuljahr 1994/1995 sinkende Schülerzahlen. Seit dem Schuljahr 1994/1995 war eine konstante Schülerzahl zu verzeichnen. Mit dem Schuljahr 2001/2002 ist eine erhebliche Steigung der Schülerzahl eingetreten, die sich in den Folgejahren fortsetzen wird.

Ursächlich für diese anhaltende Steigerung ab dem Schuljahr 2001/2002 ist im Schwerpunkt die Schließung der Anne-Frank-Schule in Netphen-Dreis-Tiefenbach (siehe auch Hinweis im SEP 1998-2003). Mit dieser Schließung hat sich faktisch der Einzugsbereich um Bereiche aus Weidenau und Dreis-Tiefenbach erweitert, so dass mittelfristig eine Veränderung der Schule von der Zweizügigkeit auf die Dreizügigkeit ergibt. Die Schule war in Ihrer Grundausslegung dreizügig. In der Vergangenheit wurden nicht benötigte Räumlichkeiten an die Gesamthochschule/Universität Siegen vermietet bzw. dem Vormittagsbereich des Weiterbildungskollegs (früher Abendrealschule/Abendgymnasium der Stadt Siegen) überlassen. Diese Mitnutzungen werden Zug um Zug entsprechend dem Bedarf der Haardter-Berg-Schule aufgegeben werden müssen. Erstmals wurden 2 Räume zum Schuljahresbeginn 2001/2002 aus der Vermietung an die Gesamthochschule/Universität Siegen heraus genommen.

Winchenbachschule

Die Schule verzeichnet seit Beginn der neunziger Jahre bis zum Schuljahr 2000/2001 ein leichtes Absinken der Schülerzahlen, allerdings steigen ab dem Schuljahr 2002/2003 die Schülerzahlen wieder an.

Trotz zeitweiser Unterschreitung der durchgehenden Zweizügigkeit in den Eingangsklassen 5 und 6 (§ 16 a Absatz 1 und 2 SchOG) erfüllt die Schule die Voraussetzungen für einen geordneten Schulbetrieb.

Die Winchenbachschule hat freie Raumkapazitäten. Diese werden zur Zeit dem städt. Weiterbildungskolleg (Abendrealschule/Abendgymnasium) als Teillösung für die dort fehlenden Räumlichkeiten im Vormittagsbereich überlassen (vgl. SEP 1998 – 2003 ; Ausführungen zur Abendschule).

Mittelfristig ist eine Entlastung der Albertus-Magnus-Schule (siehe dortige Ausführungen) über einen Neuzuschnitt der Einzugsbereiche denkbar.

Fazit zu Erweiterungsbedarfen:

Die **Erweiterungsbauten** für die Hauptschulen

- ☛ Achenbach und
- ☛ Eiserfeld

müssen kurzfristig begonnen werden. Die Planungen sollten aus Personalkapazitätsgründen im Hochbaubereich in 2002 mit dem Erweiterungsbau für die Hauptschule Eiserfeld begonnen werden und ein Baubeginn dort für 2003 vorgesehen werden. Aufgrund der komplexeren Planungsanforderungen für die Hauptschule Achenbach (Grundstückszuschnitt, Überbauungen und umfangreichere Umnutzungen innerhalb des Bestandes) ist hier ein Baubeginn in 2004 anzustreben.

Die Fehlflächen der

- ☛ Geschwister-Scholl-Schule und der
- ☛ Albertus-Magnus-Schule

sind nicht kurzfristig zu beheben. Hier ist zunächst die weitere Schülerzahlenentwicklung abzuwarten bzw. notfalls mit Veränderungen der Einzugsbereiche Abhilfe zu schaffen.

Die

- ☛ Haardter-Berg-Schule

wird mittelfristig Dreizügig und entsprechend ihrem Raumprogramm genutzt.

Die

- ☛ Winchenbachschule

hat auch mittelfristig leichte Freikapazitäten, die jedoch als „Puffer“ für vorhandene Bedarfe (Weiterbildungskolleg) bzw. entstehende Bedarfe (Veränderung der Einzugsbereiche zugunsten einer gleichmäßigen Auslastung) benötigt werden.

III. Veranschlagung und Finanzierung:

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Zuge der Aufstellung des Haushaltsplans/Investitionsprogramms bedarfsgerecht anzumelden und entsprechend – bei Vermeidung einer Netto-Neuverschuldung- zu veranschlagen. Die Finanzierung erfolgt unter Anrechnung der „Investitionszuweisung nach GFG – Schulpauschale“.

Bei Verwendung der Schulpauschale für investive Ausgaben verringern sich zwangsläufig die Dispositionsmöglichkeiten bei der sachgerechten Verausgabung der Zuwendung für sonstige mögliche Zweckzwecke. So wird im Haushalt 2002 der überwiegende Teil der Schulpauschale dem Verwaltungshaushalt zugeführt und erhöht dort die Ausgabeansätze für die Schulbauunterhaltung. Diese Ausgabeermächtigungen müssten bei Veranschlagung der Schulbaumaßnahmen „Hauptschule Achenbach“ und Hauptschule Eiserfeld“ deutlich reduziert werden. Einzelheiten der Finanzierung müssen im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Haushalt/Investitionsprogramm festgelegt werden.

- Anlage 1:** Zusammenstellung der Schülerzahlen der Hauptschulen nach Klassen und Jahrgangsstufen Schuljahr 2001/2002 und 2000/2001
- Anlage 2:** aktuelle Schülerzahlenprognosen und Raumprogramme je Hauptschule
- Anlage 3:** Raumprogramme der Hauptschulen Achenbach und Eiserfeld incl. Bauabsicht
- Anlage 4:** Kostenschätzungen

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
4.017.000 Euro		4.017.000 Euro	Schulpauschale	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2003 ff	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit Baukosten: 2.041.000 Achen- bach 1.611.000 Eiser- feld Einrich- tung: 204.000 A- chenbach 161.000 Ei- serfeld	Haushaltsstelle Baukosten: 1.215.94... Ei nrichtung: 1.215.935.
---	-----------------------------------	--	--	---

In Vertretung

gesehen:

Dr. Rohr
StadtratUlf Stötzel
Bürgermeister

Anlagen: 4

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich

Datum

Fachbereich 3/1

Bearbeitet von:

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

06.03.2002

Rat

24.04.2002

Betreff:

**Haushalt 2001;
hier: Entscheidung über die Bildung von Haushaltsresten im Jahresab-
schluss 2001**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Bildung von Haushaltsresten nach den Anlagen 1 (Verwaltungshaushalt) und 2 (Vermögenshaushalt) der Vorlage zu.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	---	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich 3/1
Bearbeitet von: Herrn Ladda

Datum
13. März 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

10.04.2002

Rat

24.04.2002

Betreff:

Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 19. März 2002;

hier: Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. April 2002

- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW -

Beschlussvorschlag:

1. Die Unterzeichner beschließen, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH für die Sitzung am 19. März 2002 zum Tagesordnungspunkt 4 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. April 2002" keine Weisung nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.

Bürgermeister

Stadtverordnete(r)

2. Der Rat der Stadt Siegen genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung vom

Sachverhalt / Begründung:

Die vom Rat der Stadt Siegen vorgeschlagenen oder bestellten Mitglieder des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH unterliegen nach § 113 Abs. 1 GO NW im Innenverhältnis dem Weisungsrecht des Rates.

Die Tagesordnung für die Sitzung des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH am 19. März 2002 sieht u. a. die

**Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im
Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH
ab 1. April 2002**

mit einer Senkung der Arbeitspreise vor.

Seit der letzten Neufestsetzung der Erdgasabgabepreise zum 1. Oktober 2001 (Senkung der Arbeitspreise) sind die für die Bestimmung des Erdgasbezugspreises der SVB maßgeblichen Referenzölpreise von 32,51 Ct/l (1. Oktober 2001) auf nunmehr 31,04 Ct/l (ab 1. April 2002) gesunken.

Ursächlich für den weiteren Preiserückgang ist eine Rohölüberproduktion bei einer konjunkturbedingt rückläufigen Nachfrage.

Es ist daher beabsichtigt, die Arbeitspreise bei allen Tarifen und Sonderpreisen linear um

0,1 Ct/kWh zu senken.

Darüber hinaus ist eine Senkung des Arbeitspreises für die Versorgung mit Wärme um **0,16 Ct/kWh** und bei Warmwasser um **0,12 €/m³** vorgesehen.

Die Beratungsunterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt der Sitzung des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH sind als Anlage beigefügt.

Begründung der Dringlichkeit

Die Beratungsunterlagen zum v. g. Tagesordnungspunkt der Aufsichtsratssitzung sind bei der Verwaltung am 13. März 2002 eingegangen. Da bis zur Aufsichtsratssitzung am 19.03.2002 weder eine Sitzung des Rates der Stadt noch eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses stattfindet, ist eine Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter

Anlagen: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4 und 3
Fachbereich 9/2 und 6/1
Bearbeitet von: Herrn Schlenther und Herrn Opitz

Datum
27.02.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss nach § 61 GO 10.04.2002

Rat 24.04.2002

Betreff:

**Errichtung eines dynamischen Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems am ZOB Siegen-Mitte;
hier: Sachstand, Rahmenbedingungen
Vertragsabschluss mit der VWS AG**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Abschluss des Vertrages zur Errichtung eines dynamischen Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems am ZOB in Siegen-Mitte gemäß Anlage.

Sachverhalt / Begründung:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat am 16.05.2001 die Verwaltung beauftragt, in Nachverhandlungen mit der VWS zu treten mit dem Ziel, dass die Stadt lediglich die Beschaffung und Installation sowie die Kosten des Busdispositionssystems (abzüglich Zuschüsse) übernimmt und dass der Betrieb und die weiteren Kosten von der VWS getragen werden.

Im Sinne dieser klaren Abgrenzung der Aufgaben zwischen Stadt und VWS wurden erneute Verhandlungen geführt.

Gesetzliche Grundlagen des ÖPNV

Gemäß § 2 des Regionalisierungsgesetzes NW vom 07.03.1995 ist die Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV eine Aufgabe der Kreise und kreisfreien Städte sowie der mittleren und großen kreisangehörigen Städte, die ein eigenes ÖPNV-Unternehmen betreiben oder an einem solchen wesentlich beteiligt sind.

Im Ortsverkehr kann der Kreis gemäß § 4 des Gesetzes einer kreisangehörigen Gemeinde im Einvernehmen Aufgaben übertragen. Die Gemeinden können auch ohne Übertragung das ÖPNV-Angebot erweitern oder die Übertragung verlangen.

Aus der Aufgabenzuweisung ergibt sich grundsätzlich die Zuständigkeit des Kreises Siegen-Wittgenstein für alle organisatorischen Maßnahmen, die den ÖPNV betreffen, allerdings im Rahmen der freiwilligen Selbstverwaltung (§ 3 Regionalisierungsgesetz NW). Hierzu hat der Kreis durchgehend erklärt, dass er die mit dem ZOB verbundene Aufgabenerledigung auf die VWS übertragen habe und es Sache der Stadt sei, entsprechende vertragliche Vereinbarungen zu treffen.

Der Rat der Stadt hat am 08.10.1997 den Bau des Zentralen Omnibusbahnhofes und des Busbereitstellungsplatzes beschlossen. Das Konzept umfasst auch die Realisierung des dynamischen Busdispositionssystems als integralen und erforderlichen Bestandteil des neuen ZOB. Die Stadt hat mit dieser planerischen und technischen Festlegung eine räumliche Vorgabe zur Betriebsabwicklung des ÖPNV gemacht. Hieraus folgt, dass der Stadt für die erstmalige Herstellung des Gesamtprojektes die Handlungspflicht zukommt. Diese Handlungspflicht erfüllt die Stadt durch die Beschaffung des BDS.

Rahmenbedingungen

Entsprechend der Festlegung im Haupt- und Finanzausschuss vom 16.05.2001 konnte mit der VWS der Vertrag zum BDS in der Weise ausgehandelt werden, dass Verpflichtungen aus Betrieb und Unterhaltung des BDS von der VWS übernommen werden.

Das BDS wird ca. 1.790.000,00 € Kosten verursachen. Auf die förderfähigen Kosten wird ein Landeszuschuss von 90 % gewährt.

Der künftige BBP wird mind. 27 Buswartplätze umfassen, davon 22 für die VWS. Der BBP dient auch den Bussen der BRS Busverkehr Ruhr-Sieg GmbH. Auf der Fläche soll auch das Sozialgebäude für die Einsatzfahrer der VWS integriert werden. Für die erforderliche Fläche wird zwischen der Stadt und der VWS ein Pachtvertrag abgeschlossen. Die VWS trägt die Kosten für Grundstück und Gebäude.

Zur Grundstückssituation

Busdispositionssystem und Busbereitstellungsplatz bilden die erwähnte Abhängigkeit. Von daher stehen die vertraglichen Regelungen zwischen der Stadt und der VWS unter dem Vorbehalt des Grunderwerbes durch die Stadt Siegen. Die Flächen des BBP befinden sich derzeit noch im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland. Die Verhandlungen zum Grunderwerb sind auf gutem Wege.

Normenkontrollverfahren zum Bebauungsplan Nr. 287 "An der Unterführung / Fischbacherbergstraße"

In der Verwaltungsvorlage vom 09.05.2001 war mitgeteilt worden, dass das Oberverwaltungsgericht NW voraussichtlich im September 2001 eine Entscheidung treffen wird. Zwischenzeitlich hat das OVG NW mitgeteilt, dass die Terminierung für Anfang Juni 2002 vorgesehen ist. Die Verwaltung hat alle verfahrensnotwendigen Schritte veranlasst.

Erläuterungen zu den Vertragsregelungen

Zur Präambel

Wie schon erwähnt, sieht der Vertrag die Errichtung von mind. 27 Buswarteplätzen auf dem BBP vor, davon 22 zugunsten der VWS. Das dynamische BDS bedient ZOB und BBP. Eine Erweiterung des BDS auf das "Kölner Tor" ist vorgesehen.

Weitere Bedingungen ergeben sich aus Ziff. 7 der Präambel.

Zu § 1 - Anschaffung des BDS

Geregelt ist das erforderliche Abstimmungsverfahren zwischen der Stadt und der VWS.

Die Stadt schreibt das BDS aus, und zwar als Los 1 (Auftrag zur Errichtung und Wartung für die Zeit der Zweckbindung von 10 Jahren). Des Weiteren wird als Los 2 von der Stadt für die VWS und auf deren Kosten eine Leistungsbeschreibung zur Anpassung der Einrichtungen der VWS an das BDS erstellt. Die VWS ist Auftraggeber für Los 2. Der Hersteller bzw. Lieferant wird zu einem Probetrieb von 4 Monaten vor der Abnahme verpflichtet.

Wesentliche Vertragsgrundlage ist die Gewährung der öffentlichen Zuschüsse.

Zu § 2 - Aufgaben der Stadt

Vorgesehen ist, dass die Stadt die Planung (Los 1 und Los 2) und Ersteinrichtung (nur Los 1) übernimmt sowie die Fördermittel beantragt und mit dem Zuschussgeber abwickelt.

Zu § 3 - Aufgaben der VWS

Die VWS wird das BDS nach dem Probetrieb von 4 Monaten in ihr Eigentum übernehmen. In die Zuständigkeit der VWS fällt die Versorgung des BDS mit den erforderlichen Daten für den Betrieb des Systems.

Des Weiteren obliegt die Durchsetzung evtl. Gewährleistungsansprüche und der Abschluss der Nutzungsverträge mit den Drittnutzern der VWS.

Zu § 4 - Betriebskosten

Die VWS übernimmt die laufenden Betriebskosten, den Aufwand für die Datenbearbeitung sowie den Fahrgastservice und erhöhten Wartungsaufwand für die Funksysteme.

Zu § 5 - Laufzeit

Der Vertrag gilt für die Dauer der Zweckbindung des Zuwendungsbescheides (10 Jahre). Der Heimfall an die Stadt ist ausgeschlossen.

Begleitschreiben der Stadt an die VWS

In den Verhandlungen hat es sich als zweckmäßig erwiesen, dem eigentlichen Vertrag ein Begleitschreiben beizufügen, in dem die Stadt zu einzelnen Vertragsregelungen erläuternde Erklärungen abgibt. Diese Erklärungen beziehen sich auf folgende Vertragsteile :

- (1) Präambel, Ziff. 6:
Die Stadt bestätigt der VWS, dass das BDS im vollautomatischen Betrieb gefahren wird (für den es auch ausgeschrieben wird). Die VWS hatte die Sorge, dass sie bei Störfällen oder Dateneingabe Dritter selbst die Behebung und manuelle Verarbeitung vornehmen müsse.
- (2) Zu § 1 Ziff. 1:
Die Stadt nimmt zur Kenntnis, dass die VWS die Leistungsbeschreibung des BDS nur bedingt prüfen kann, stellt aber auch fest, dass zu den Möglichkeiten der VWS ggf. die Beschaffung der erforderlichen Fachkunde durch einen Dritten gehört.
- (3) Zu § 1 Ziff. 4:
Die Stadt bestätigt, dass die Kostenübernahme durch die VWS für die Anschaffung und Ausrüstung stationärer und mobiler Einrichtungen (Los 2 - Auftraggeber und Kostenträger VWS) auf 15 % begrenzt ist. Dieser Betrag ist auskömmlich und stellt die Stadt von der Mitfinanzierung frei, indem Landeszuschüsse einfließen. Die Planungskosten für Los 2 trägt die VWS abzüglich Landesförderung. Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass die Restkosten durch Zuschüsse des Landes gedeckt sind.
- (4) Zu § 4 Ziff. 1:
Die Stadt Siegen bestätigt, dass nach ihrer Berechnung die laufenden Betriebskosten max. 25.565,00 € jährlich betragen werden. Sofern dieser Wert um mehr als 50 % überschritten werden sollte, sind die VWS insoweit nicht zur Kostenübernahme verpflichtet. Dieser Kostenübernahmerahmen ist geprüft worden und stellt die Stadt von den genannten spezifischen Betriebskosten frei.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja, später ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
1.790.000,00 €	25.565,00 € Träger: VWS	200.000,00 € abzgl. Anteil VWS	1.590.000,00 €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 700.000,00 € + VE 1 Mio. €	Haushaltsstelle 1.631.9555.0
--	-----------------------------------	-------------------------------	--	---------------------------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen: keine

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7/1
Bearbeitet von: Ulrich Thümmeler

Datum
14.02.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss VI-Eiserfeld	11.03.2002
Bauausschuss	18.03.2002
Haupt- und Finanzausschuss	10.04.2002
Rat	24.04.2002

Betreff:

Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 319 „Gewerbegebiet Eiserntalstraße / Hüttenweiher“ im Stadtteil Eiserfeld; hier:

- 1. Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**
- 2. Beschluss der Veränderungssperre gem. § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 16 Abs. 1 BauGB die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 319 "Gewerbegebiet Eiserntalstraße / Hüttenweiher" laut Anlage 2 zur Vorlage als Satzung.

Sachverhalt / Begründung:

...

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen: 2

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9/1
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss	18.03.2002
Haupt- und Finanzausschuss	10.04.2002
Rat	24.04.2002

Betreff:

Aufhebung der Ortsdurchfahrt im Zuge der L 562 / B 54 - Freudenberger Straße - in Siegen-Mitte

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen erteilt sein Einvernehmen zur Aufhebung der Ortsdurchfahrt im Zuge der L 562 - Freudenberger Straße - in Siegen-Mitte und zur Festsetzung des Endes der freien Strecke an der Einmündung der Freudenberger Straße in die Sandstraße.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich Entsorgungsbetrieb
Fachbereich Eigenbetrieb Entwässerung
Bearbeitet von: Herrn Vetter

Datum
18.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Werksausschuss

19.04.2002

Rat

24.04.2002

Betreff:

2. Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb der Stadt Siegen für Entwässerung vom 07. März 1997
hier: Änderung der DM-Wertgrenzen in Euro (€)

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb der Stadt Siegen für Entwässerung vom 07. März 1997 wie folgt:

§ 4 Werksausschuß

Abs. 3, Buchstaben a) und b)

- a) Zustimmung zu Verträgen, wenn der Wert im Einzelfall den Betrag von 150.000,00 € übersteigt, ausgenommen sind die Geschäfte der laufenden Betriebsführung und Angelegenheiten, die nach der Gemeindeordnung, der Eigenbetriebsverordnung oder durch die Hauptsatzung der Zuständigkeit des Rates vorbehalten sind,
- b) Zustimmung zu Mehrausgaben gem. § 16 Abs. 5 EigVO, sofern sie im Einzelfall 25.000,00 € überschreiten; ausgenommen sind Mehrkosten, die aufgrund gesetzlicher oder tariflicher Verpflichtungen bestehen. Werden Mehrausgaben ganz oder teilweise durch zweckgebundene Einnahmen gedeckt, so erhöht sich der v. g. Betrag entsprechend.

§ 11 Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebs beträgt 25.000,-- €.

§ 12 Wirtschaftsplan

Abs. 2)

Die Pflicht zur unverzüglichen Änderung des Wirtschaftsplanes richtet sich nach der Eigenbetriebsverordnung.

Erheblich im Sinne des § 14 Abs. 2 a) EigVO ist grundsätzlich eine Abweichung von mehr als 250.000,00 €

Sachverhalt / Begründung:

Durch die Einführung des EURO zum 01.1.2002 ist die Änderung der DM-Beträge in der Betriebssatzung in EURO (€) erforderlich

Harms

Werkleiter

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich Entsorgungsbetrieb
Fachbereich Eigenbetrieb Entwässerung
Bearbeitet von: Herrn Vetter

Datum
18.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Werksausschuss

19.04.2002

Rat

24.04.2002

Betreff:

1. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage vom 17.05.2000 (Abwassersatzung)

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen vom 17.05.2000 (Abwassersatzung) wie folgt:

§ 5 Begrenzung des Benutzungsrechtes

Abs. (10 a):

Ausnahmen zu Abs. 3 Nr. 12 können erlaubt werden. Die tatsächliche Inanspruchnahme des Kanals führt in jedem Fall zu einer Gebührenpflicht auch bei unerlaubter Einleitungen von Grund-, Drain- und Baugrubenwasser.

Der Gebührensatz für Schmutzwasser pro m³ Frischwasser lt. Gebührensatzung gilt für die gemessene oder geschätzte Einleitungsmenge entsprechend. Die Möglichkeit der Ahndung durch ein Bußgeld bei fehlender Erlaubnis bleibt unberührt.

§ 24 Ordnungswidrigkeiten

Abs. 3:

Ordnungswidrigkeiten nach den Absätzen 1 und 2 können mit Geldbußen bis zu 50.000 € geahndet werden.

Sachverhalt / Begründung:

1. Gem. § 5 Abs. 3 Ziff. 12 ist die Einleitung von Grund-, Drain- und Baugrubenwasser in den Kanal nicht gestattet (Fremdwasserproblematik). In der Praxis kommt es aber vor, dass zur verübergehenden Grundwasserabsenkung die Einleitung von Grund-, Drain- und Baugrubenwasser in den Kanal zur Realisierung von Bauvorhaben in kritischen Gebieten zweckmäßig ist.
Aus diesem Grund soll dem grundsätzlichen Verbot nach § 5 Abs. 3 Ziff 12 unter dem neu einzufügenden Abs. 10 a die Möglichkeit der befristeten kostenpflichtigen Erlaubnis gegenübergestellt werden.
2. Durch die Einführung des EURO zum 01.1.2002 ist die Änderung der DM-Beträge in der Satzung der Stadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen vom 17.05.2000 (Abwassersatzung) in EURO (€) erforderlich

Harms

Werkleiter

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum
16.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

24.04.2002

Betreff:

1. Ausschussneubesetzung

2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gem. § 113 GO NW

Beschlussvorschlag:

1. Ausschussneubesetzungen

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1.1 in den Bezirksausschuss II

Frau Christine Strunk (Stv) als stellvertretendes Mitglied

1.2 in den Bezirksausschuss V

Herrn Joachim Boller (Stv) als stellvertretendes Mitglied

1.3 in den Verkehrsausschuss

Herrn Ingo Müller-Kurz (s. B.) als ordentliches Mitglied und

Herr Michael Groß (Stv) als stellvertretendes Mitglied

1.4 in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Herrn Michael Groß (Stv) als stellvertretendes Mitglied

2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gem. § 113 GO NW

Der Rat der Stadt Siegen bestellt Herrn Raimund Klauser (s. B.) zum ordentlichen Mitglied und Herrn Joachim Boller (Stv) zum stellvertretenden Mitglied des Energiebeirates.

Sachverhalt / Begründung:

Aufgrund des Mandatsverzichts von Herrn Thomas Reincke (s. B.) und der Wiederbesetzung angeführter Ausschusssitze bittet die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, vorstehende Änderungen vorzunehmen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum
18.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

24.04.2002

Betreff:

Neubesetzung im Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen als

1. Vertreter der Lehrerschaft für Gymnasien

1.1 Frau Oberstudiendirektorin Irmgard Klein als ordentliches Mitglied

1.2 Herrn Oberstudiendirektor Klaus Schütte als stellvertretendes Mitglied

2. Vertreter der Elternschaft für Grundschulen

2.1 Herrn Achim Rosenthal als ordentliches Mitglied

2.2 Frau Anja Fuchs als stellvertretendes Mitglied

Sachverhalt / Begründung:

Zu 1: Aus Gründen der Pensionierung tritt Frau Helgard Leonhardt von ihrem Posten als Vertreterin der Gymnasien zurück.

Zu 2.: Aufgrund eines Beschäftigungsverhältnisses bei der Stadt Siegen endet die Mitwirkung von Frau Carmen Denis im Schulausschuss.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum
23.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

24.04.2002

Betreff:

1. Ausschussumbesetzung

2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gem. § 113 GO NW

Beschlussvorschlag:

1. Ausschussumbesetzung

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1.1 in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Frau Brigitte Eger-Kahleis (s. B.) als ordentliches Mitglied

1.2 in den Jugendhilfeausschuss

Herrn Marc Klein (s. B.) als ordentliches Mitglied und

Herrn Ingo Janson (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

1.3 in den Verkehrsausschuss

Herrn Heinz Müller (Stv) als ordentliches Mitglied

1.4 in den Personalausschuss

Herrn Heinz Müller (Stv) als stellvertretendes Mitglied

1.5 in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Frau Silvia Kessler (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

1.6 in den Werksausschuss

Frau Christa Schlenther (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

1.7 in den Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid –

Frau Gisela Kamieth (s. B.) als ordentliches Mitglied

1.8 in den Bezirksausschuss III – Siegen-Ost –

Herrn Karl-Heinz Dittrich (s. B.) und Frau Anke Thielmann (s. B.) als ordentliche Mitglieder und

Herrn Dirk Fassbender (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

1.9 in den Bezirksausschuss V – Siegen-West –

Herrn Sebastian Kempf (s. B.) als ordentliches Mitglied

2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gem. § 113 GO NW

Der Rat der Stadt Siegen bestellt

2.1 in den Zweckverband Siegerlandflughafen

Frau Katrin Dittert (Stv) als ordentliches Mitglied

2.2 in den Zweckverband Klärwerk Hüttental-Netphen

Herrn Horst Wunderlich (Stv) als ordentliches Mitglied und

Herrn Uwe Elter (Stv) als stellvertretendes Mitglied

2.3 in die Gesellschafterversammlung NAS

Herrn André Schmidt (Stv) als ordentliches Mitglied und

Frau Ilona Moll (Stv) als stellvertretendes Mitglied

Sachverhalt / Begründung:

Auf Grund von Änderungen innerhalb der Fraktion bittet die CDU – Fraktion vorstehende Änderungen vorzunehmen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel